



Afghanistan-Konferenz der SPD

22. Januar 2010 in Berlin
Rede- und Diskussionsbeiträge

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD	Seite 2
Rangin Dadfar Spanta, Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan	Seite 9
Nikolaus Schneider, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, stellv. Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)	Seite 12
Generalmajor Karl Müllner, Stabsabteilungsleiter Militärpolitik und Rüstungskontrolle, Bundesverteidigungsministerium	Seite 15
Tom Koenigs, ehem. Leiter der UN-Mission in Afghanistan, Vors. des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages	Seite 18
Jürgen Lieser, stellv. Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)	Seite 21
Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)	Seite 24
Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	Seite 28

Sigmar Gabriel

Vorsitzender der SPD

Als wir angefangen haben, diese Konferenz zu planen, sind wir schon von Anmeldungen überschüttet worden, bevor wir die Einladung überhaupt verschickt haben. So viele Excellenzen, Minister, Bundestagsabgeordnete, Diplomaten, Soldaten, Polizisten, Vertreter von Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, Experten und Interessierte haben Ihr Kommen zugesagt, dass schon die Begrüßungsformel eine Herausforderung ist.

Lassen Sie mich vor allem unseren Ehrengast begrüßen, den scheidenden Außenminister Afghanistans Dr. Spanta, der nicht gezögert hat, eine Woche vor der internationalen Konferenz in London, die er für seine Regierung vorbereitet, zu uns ins Willy-Brandt-Haus zu kommen. Herzlich willkommen Herr Dr. Spanta und danke, dass sie hier sind.

Stellvertretend für das diplomatische Corps begrüße ich die Geschäftsträgerin der afghanischen Botschaft Frau Neda und den amerikanischen Botschafter bei der NATO Herrn Ivo Daalder.

Ich freue mich, dass Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche und weiterer Glaubensgemeinschaften unter uns sind. Stellvertretend begrüße ich den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche Präses Nikolaus Schneider, den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland Stephan Kramer und den Generalsekretär des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland Burhan Kesici.

Für die Bundeswehr begrüße ich Generalmajor Müllner, den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes Oberst Kirsch und den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags Reinhold Robbe.

Für die Vertreterinnen und Vertreter der Polizei begrüße ich den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg und den Polizeiinspekteur des Landes Nordrhein-Westfalen Dieter Wehe.

Ich freue mich über den Zuspruch vieler Nicht-Regierungsorganisationen, die gute Arbeit in Afghanistan leisten. Den stellvertretenden Vorsitzenden des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) Jürgen Lieser möchte ich begrüßen, wie auch Dr. Tankred Stöbe, den Vorstandsvorsitzenden von Ärzte ohne Grenzen, stellvertretend für viele andere Vertreter der NGOs.

Auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft sind unter uns, die uns heute ihre Expertise zur Verfügung stellen. Professor Volker Perthes, den Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, begrüße ich ebenso wie die vielen Afghanistan-Experten, die hier unter uns sind.

Und nicht zuletzt begrüße ich ganz herzlich die Mitglieder des Deutschen Bundestags und des SPD-Parteivorstands. Der Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Tom Koenigs, die stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren und Gernot Erler sind heute unter uns.

Egon Bahr ebenso wie Heidemarie Wieczorek-Zeul, die sich seit Jahren aktiv für Afghanistan einsetzen, möchte ich stellvertretend für viele erfahrene Politiker begrüßen. Als abschließenden Redner unserer heutigen Konferenz möchte ich den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier ankündigen und ebenfalls herzlich begrüßen.

Das große Interesse an dieser Konferenz zeigt eins: Es gibt ein enormes Bedürfnis, über Afghanistan und unser Engagement in Afghanistan zu sprechen. Das ist positiv, denn sowohl die Menschen in Afghanistan als auch die diejenigen, die dort arbeiten – also die Soldatinnen und Soldaten, die Polizisten, die engagierten Helfer der Nicht-Regierungsorganisationen und andere zivile Berater –, verdienen es, dass über ihr Engagement gesprochen, vielleicht auch gestritten wird.

Ich will all jenen, die sich in und für Afghanistan einsetzen, oft unter lebensgefährlichen Bedingungen, sehr herzlich für ihr Engagement danken. Es gehört zu den schwierigsten Aufgaben demokratisch gewählter Politiker in Deutschland, Männer und Frauen – die meisten sind jung und stehen am Anfang ihres Lebens – in einen bewaffneten und lebensgefährlichen Einsatz zu schicken. Wir wissen heute, dass dies notwendig sein kann in einer Welt, in der Diktatoren, Fanatiker, Kriegsherrn oder Terroristen uns und andere bedrohen. Und trotzdem: Es ist nicht unser eigenes Leben, das wir gefährden, wenn wir als Politiker über solche Einsätze entscheiden. Aber es könnte immer auch das Leben unserer eigenen Söhne und Töchter sein. Deshalb ist es gut, wenn wir es uns schwer machen, solche Einsätze zu beschließen oder fortzusetzen. Aber es ist auch wichtig, den Männern und Frauen, die in solche Einsätze auf unseren Befehl oder – wenn es sich um zivile Hilfskräfte für den Wiederaufbau handelt – auf unsere Bitte gehen, für Ihren Mut und Ihre Tapferkeit zu danken. Und ihnen immer wieder unter Beweis zu stellen, dass wir einerseits die Grundlagen des Einsatzes gewissenhaft prüfen, andererseits – wenn wir entscheiden, den Einsatz fortzusetzen – auch fest hinter ihrer Arbeit stehen.

Und ganz ausdrücklich: Ich danke auch denen, die sich kritisch zu unserem militärischen Engagement äußern. Was für ein armseliges Land wären wir, wenn wir nicht auch die kritische Einmischung und das Hinterfragen unserer Entscheidungen begrüßen würden.

Ich danke namentlich der Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche Margot Käßmann, die jüngst eine kluge und differenzierte Predigt gehalten hat. Klüger und differenzierter als mancher Kritiker dieser Rede. Wer, wenn nicht die Kirchen dieser Welt, hat das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, mehr Fantasie für den Frieden einzufordern?

Ich danke auch dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz Robert Zollitsch, der in der vergangenen Woche in einem Namensbeitrag in einer großen deutschen Zeitung eine „gewaltkritische Perspektive“ und einen „gerechten Frieden“ angemahnt hat – gleichzeitig aber „Sorgfalt bei der Diskussion“ fordert.

Als evangelischem Christen ist mir eine Denkschrift in Erinnerung. Es ist die Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche von Herbst 2007. Darin steht: „... [D]ie dargelegten friedens- und rechtsethischen Grundsätze sprechen dafür, externes bewaffnetes Eingreifen als äußerstes Mittel nicht vollständig auszuschließen, die militärische Komponente jedoch strikt auf die Funktion der zeitlich limitierten Sicherung der äußeren Rahmenbedingungen für einen eigenständigen politischen Friedensprozess vor Ort zu begrenzen.“

Weiter heißt es: „Militärische Maßnahmen müssen Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben.“ Diesen Grundsatz teile ich uneingeschränkt! Es ist ein guter Grundsatz für das politische Handeln auch der Sozialdemokratie.

Im Vorfeld dieses Hearings hat es viele Mutmaßungen über den Inhalt und die Ziele einer solchen Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegeben. Meist ging es um die Frage, ob die SPD in der Opposition den taktischen Vorteil, die Differenz zur Regierung und die Anpassung an die scheinbare Mehrheitsmeinung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sucht, um sich schrittweise aus ihrer Verantwortung für den Afghanistan-Einsatz zu verabschieden.

Meine Partei wird in wenigen Jahren 150 Jahre alt. Die Frage von Krieg und Frieden beschäftigt uns seit unserer Gründung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Über nichts ist in der SPD so engagiert und mit heißen Herzen gestritten worden wie über Krieg und Frieden. Und auf nichts ist die SPD mehr stolz als darauf, dass wir spätestens seit dem 1. Weltkrieg militärische Mittel in die Hände der internationalen Staatengemeinschaft legen wollen, damit kein einzelner Staat darüber entscheidet und damit militärische Mittel die Ultima Ratio bleiben, um die Freiheit und Sicherheit von Menschen zu schützen. Der Pazifismus ist eine wichtige Strömung in der SPD, aber die SPD war nie eine pazifistische Partei. Aber der Charakter militärischer Einsätze ist für die SPD seit vielen Jahrzehnten, letztlich seit den Ideen des Heidelberger Programms von 1925, der einer Art „Weltpolizei“, die dort auf der Grundlage des Völkerrechts Menschen schützen soll, wo die normalen polizeilichen Mittel nicht mehr helfen. Letztlich ist auch unsere eigene Geschichte ein deutlicher Hinweis darauf, dass derartige Einsätze notwendig sein können. Denn ohne die Bereitschaft der USA, in den Krieg gegen Hitler-Deutschland einzutreten, könnte es sein, dass Menschen meiner Generation in Westdeutschland unter Hitler oder Stalin groß geworden wären.

Warum sage ich das zu Beginn dieses Hearings? Weil für die SPD seit nun fast 150 Jahren die Fragen nach Krieg und Frieden keine taktischen Fragen sind. Wir haben uns bei der Beantwortung dieser Fragen nie daran orientiert, ob unsere Antworten gerade in die aktuelle politische Landschaft passen oder nicht, ob wir uns einen kleinen politischen Vorteil zu unseren politischen Wettbewerbern erhoffen oder ob wir in der Opposition oder in der Regierung waren. Und wir haben die innerparteiliche Auseinandersetzung darüber nie gescheut. Die Nachkriegsgeschichte ist voll von Beweisen dafür: Ob die Diskussion um die Wiederbewaffnung Deutschlands nach 1945 ging, um unsere Haltung zur Westbindung und der NATO, um den NATO-Doppelbeschluss oder die militärischen Auseinandersetzungen im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak. Wir haben dazu immer auf der Grundlage von Prinzipien entschieden, nicht auf der Grundlage von Taktik. Das beste Beispiel dafür ist der Afghanistan-Einsatz selbst: Während die Vereinten Nationen eine militärische Intervention im Irak ablehnten und der sozialdemokratische Bundeskanzler deshalb dazu mit NEIN antwortete, findet der Afghanistan-Einsatz auf einer völlig klaren völkerrechtlichen Grundlage und auf Bitte der UN statt. Deshalb standen und stehen wir dazu. Es verbietet sich für uns, einerseits die Stärkung der UN zu fordern und militärische Mittel an Entscheidungen der UN zu binden, wenn wir gleichzeitig nie und in keiner Situation bereit wären, dieser Bitte der UN auch mit eigenen Truppenkontingenten zu folgen.

Die Prinzipien, an die wir uns deshalb auch jetzt halten wollen, lauten:

1. Der Einsatz militärischer Mittel bleibt Ultima Ratio und er muss auf der klaren Grundlage von Beschlüssen der Vereinten Nationen und des Deutschen Bundestages stattfinden.
2. Die SPD steht zu ihrer internationalen Verantwortung und will deutsche Entscheidungen eingebunden wissen in die Entscheidungen unserer internationaler Partner – insbesondere der EU. Verlässlichkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ist für Deutschland unverzichtbar. Niemand würde auf Deutschland hören, wenn wir uns erratisch und nach jeweiliger Stimmungslage verhalten würden.
3. Beide Prinzipien sollen dazu beitragen, dass unsere Bevölkerung versteht und akzeptiert, wenn wir Militäreinsätze der Bundeswehr durchführen. Ein demokratischer Staat braucht die Unterstützung seiner Bevölkerung gerade für derartige schwierige Missionen. Dazu gehört, dass derartige Einsätze befristet sein müssen und wir nicht Teil einer dauerhaften Intervention werden können. Und dazu gehört auch, dass wir uns dauerhaft den kritischen Fragen zu unseren Einsätzen stellen und offen und transparent für alle antworten.

Bewaffnete Einsätze, Krieg, Frieden, Völker- und Menschenrechte bleiben für uns Sozialdemokraten prinzipielle Fragen. Sie sind nicht taktischer Natur. Allerdings erwarten wir von der Bundesregierung die gleiche Haltung. Die Tatsache, dass sich die Bundesregierung nicht auf eine gemeinsame Afghanistan-Strategie einigen kann, ist völlig inakzeptabel. Mal fordert der Verteidigungsminister mehr Kampftruppen, dann sagt der Außenminister, zu einer Truppenstellerkonferenz würde er erst gar nicht anreisen. So geht das seit Wochen hin und her. Und die Kanzlerin schweigt. Da hilft es auch nichts, wenn sie den Druck auf die eigenen Koalitionspartner dadurch erhöhen will, in dem sie behaupten lässt, sie sei mit der SPD einig. Das geht schon deshalb nicht, weil wir nicht wissen, wofür die Regierung steht.

Wir raten dringend dazu, diesen uneinigen Zustand in der Bundesregierung zu beenden. Wer ohne eigene Strategie nach London reist, sitzt dort am Ende am Katzentisch. Und wir raten auch dazu, diese Position der Bundesregierung in Abstimmung mit dem deutschen Parlament vorzunehmen.

Wir sind nicht aus Gründen der Opposition gegen eine gemeinsame Haltung mit der Bundesregierung zur weiteren Afghanistan-Strategie. Aber wir wollen auch nicht für etwas vereinnahmt werden, über das nicht offen und für die deutsche Bevölkerung transparent mit uns beraten wurde. Die Kanzlerin ist aufgefordert, ihre Vorschläge vorzulegen und mit allen zu beraten. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

Wir wollen heute mit dieser öffentlichen und transparenten Diskussion beginnen. Bei dieser Debatte, meine Damen und Herren, brauchen wir Ihren Rat und Ihre Expertise.

Lassen Sie mich deshalb vorab sagen: Nichts von dem, was Frank-Walter Steinmeier oder ich Ihnen heute vortragen oder in unserem Positionspapier aufgeschrieben haben, steht in Stein gemeißelt. Zu jedem Punkt sind wir zu Veränderungen bereit, wenn Sie oder andere uns dazu überzeugende Alternativen oder Argumente vorlegen. Bitte nehmen Sie das als Aufforderung zu dem, was wir brauchen: eine kritische Betrachtung unserer Vorschläge.

Was waren die Ziele, die die internationale Gemeinschaft 2001 mit ihrem Afghanistan-Engagement verbunden hat? Im Wesentlichen geht es meiner Meinung nach um drei Aspekte:

- Wir sind erstens nach Afghanistan gegangen, weil die Taliban dem internationalen Terrorismus Unterschlupf gewährten und weil sie sich weigerten, nach dem 11. September mit der internationalen Gemeinschaft zu kooperieren. Wir wollten Terroristen und die Ausbildungslager der Terroristen bekämpfen. In diesem Sinne hat Peter Struck gesprochen, als er sagte, dass unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde – denn nach den Anschlägen in New York gab es weitere in London, in Madrid und an vielen anderen Orten weltweit. Und es gab Anschlagversuche in Deutschland, die glücklicherweise verhindert werden konnten.
- Wir sind zweitens auch in Afghanistan, weil ein schreckliches Taliban-Regime schlimme Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Tagtägliche Unterdrückung, unter der vor allem Frauen und Mädchen zu leiden hatten. Ein nach Jahrzehnte langem Krieg und Bürgerkrieg zerstörtes Land ohne Gesundheits-, Wasser- und Stromversorgung in vielen Landesteilen.
- Und drittens – zu oft vergessen: Man kann nicht über Afghanistan sprechen, ohne einen Blick auf die Gesamtregion zu werfen, die sehr instabil und hochgerüstet ist und in der unzählige Flüchtlinge unterwegs sind. Pakistan mit seinen Atomwaffen ist Nachbarland. Iran ebenfalls. Das heißt: Afghanistan liegt in einer Region, die nicht nur lokal und regional sensibel ist, sondern die entscheidend sein kann, wenn es um die Sicherung des globalen Friedens geht.

Zusammengefasst: Für unserer eigene Sicherheit, für unsere eigenen nationalen Interessen und aus humanitären Gründen sowie wegen der besonders sensiblen strategischen Lage kann der internationalen Gemeinschaft Afghanistan nicht egal sein.

Wir sind jetzt seit acht Jahren in dem Land. Soldaten, Polizisten und zivile Aufbauhelfer haben unter schwierigen Bedingungen viel geleistet und viel erreicht. Vieles Gute ist vorangekommen: Den Rückzugsraum für international agierende Terroristen gibt es in Afghanistan nicht mehr. Schulen und Straßen wurden gebaut. Die medizinische Versorgung hat sich verbessert, die Strom- und Wasserversorgung ebenfalls. Das Taliban-Regime ist nicht mehr an der Macht. Das Land hat eine neue Verfassung. Erste Wahlen haben stattgefunden. Menschenrechtsverletzungen konnten eingedämmt werden. Frauen und Mädchen haben eine Chance. Die Geschäftsträgerin der afghanischen Botschaft in Deutschland ist eine Frau – unvorstellbar noch vor wenigen Jahren. Demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen sind – trotz aller berechtigter Kritik – im Entstehen.

Das sind gute Nachrichten – auch wenn die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ungenügend bleibt und die Erfolge regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Aber an vielen Stellen gibt es erhebliche Probleme. Und auch das gehört zur ehrlichen Bilanzierung hinzu. Lassen Sie mich ein paar Aspekte nennen, die natürlich nicht abschließend sind.

Erstens: Die Sicherheitslage im Land hat sich in letzter Zeit verschlechtert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen sind heftiger geworden. Die Helfer der internationalen Gemeinschaft und die afghanische Armee und Polizei haben bittere Verluste zu beklagen.

Viele Zivilisten leiden. Grad jüngst hat die UNO-Mission in Afghanistan mitgeteilt, dass 2009 mit über 2.400 toten Zivilisten „das schlimmste Jahr“ für die Zivilisten seit 2001 gewesen ist. Der Verband Entwicklungspolitik (VENRO), dessen Vertreter Jürgen Lieser später noch sprechen wird, hat deshalb massive Luft- und Artillerie-schläge kritisiert, bei denen nicht zwischen Aufständischen und Zivilbevölkerung unterschieden werden kann. VENRO hat aber gleichzeitig den Hinweis gegeben – und das gehört zu einer ehrlichen Debatte dazu –, dass gerade die Aufständischen Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ – ein schlimmer Begriff – benutzen. Deshalb sage ich: Bei aller Kritik dürfen wir bei der Beurteilung nicht einseitig sein.

Wenn es um zivile Opfer geht, können wir in Deutschland natürlich nicht über Kundus schweigen. Der Deutsche Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, der gestern seine Arbeit aufgenommen hat und der Aufklärung über die Bombardierung der Tanklastzüge geben soll, bei der eine große Anzahl Zivilisten getötet worden ist.

Es geht hier nicht um Vorverurteilungen, aber eines muss gesagt werden: Der Ausschuss ist notwendig geworden, weil es sehr unterschiedliche Begründungen dafür gegeben hat, dass der Bombeneinsatz angeordnet wurde. Völlig getrennt davon geht es auch um die Frage, ob der heutige Verteidigungsminister dem Bundestag und der Öffentlichkeit die Wahrheit gesagt hat über seine Bewertung des Bombenabwurfes und die Entlassung des ranghöchsten Offiziers der Bundeswehr. Ich weiß, dass dies gern vermischt wird. Auch deshalb, weil die Soldaten in Afghanistan den Streit darüber wohl schwerlich verstehen werden. Aber es kann nicht sein, dass der Einsatz in Afghanistan dazu missbraucht wird, vom Zwang zur Redlichkeit eines Regierungsmitglieds gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit abzuweichen. Aber man muss aufpassen, dass die Untersuchung dieser Frage nicht mit dem Einsatz in Afghanistan vermischt wird. Deshalb sollte diese Frage aus meiner Sicht auf diesem Hearing keine Rolle spielen.

Zweitens: Die afghanische Regierung hat große Legitimitätsprobleme. Die Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen haben Spuren hinterlassen. „Schlechte Regierungsführung“ lautet der Vorwurf.

Es gibt ernst zunehmende Hinweise auf Korruption und schlimme Menschenrechtsverletzungen durch die afghanischen Sicherheitsbehörden. Amnesty International und Human Rights Watch beklagen die Gefahr von Folter und Misshandlung in afghanischen Gefängnissen und mahnen zurecht die Einhaltung der UN-Mindeststandards zur Behandlung von Gefangenen an. Der wirtschaftliche Aufbau kommt nicht so voran, wie es notwendig wäre. Bei der Energieversorgung gibt es Probleme. Ich bin gespannt auf die Einschätzung, die uns Dr. Spanta gleich im Anschluss geben wird.

Drittens: Viele Aufbauorganisationen beklagen den zivil-militärischen Ansatz, der zwar gut gemeint sei – und meines Erachtens auch sinnvoll ist –, der aber zu einer Unschärfe zwischen Militär und Aufbauhelfern führe und damit die Aufbauhelfer gefährde. Darüber müssen wir also sprechen – vor allem, weil der FDP-Entwicklungshilfeminister Niebel angekündigt hat, die finanziellen Zusagen für Hilfswerke an ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundeswehr zu knüpfen. Dies ist von allen Entwicklungshilfeorganisationen heftig kritisiert worden, weil es für sie überlebenswichtig ist, nicht als verlängerter Arm der Bundeswehr angesehen zu werden. Deshalb rate ich Herrn Niebel nochmal sorgfältig nachzudenken und mit allen Betroffenen zu sprechen. Bevor die Bundesregierung falsche Entscheidungen trifft, sollte sie jedenfalls auf diejenigen hören, die in Afghanistan praktische Erfahrungen haben.

Viertens: Wir müssen uns fragen: Ziehen eigentlich alle Akteure, die in Afghanistan arbeiten, am selben Strang? Haben alle dieselbe strategische Ausrichtung? Die afghanische Regierung, ihre Armee und Polizei? Die internationalen Truppen und Polizisten und die NGOs? Oder gibt es konkurrierende Ansätze, ja sogar sich gegenseitig ausschließende? Das sind entscheidende Fragen, die zu klären sind, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen.

Eine solche Diskussion ist nicht gegen die afghanische Regierung gerichtet, nicht gegen die Bundeswehr, nicht gegen die USA oder wen auch sonst, wie oft vorschnell unterstellt wird. Denn selbstverständlich muss es eine kritische Debatte zwischen Afghanistan und uns geben, zwischen befreundeten Verbündeten, zwischen Militär und NGOs. Deshalb bin ich sehr auf die Analysen und Einschätzungen gespannt, die wir heute hier hören werden.

Lassen Sie mich abschließend darauf eingehen, was Frank-Walter Steinmeier und ich als Diskussionsentwurf für die heutige Konferenz vorbereitet haben. Es ist ein Papier, das wir bewusst als „Entwurf eines Positionspapiers“ übertitelt haben. Denn wir wollen eine Rückmeldung, ob unsere Gedanken ihrer Meinung nach in die richtige Richtung zeigen. Ein paar Gedanken aus dem Papier sind:

1. Über das Ziel unserer gemeinsamen Anstrengungen sind wir uns alle einig: Wir wollen die Eigenverantwortung der Afghanen stärken, damit sie mittelfristig selbst für Sicherheit und Wohlstand in ihrem Land sorgen können. Wir wollen dies in einer verantwortlichen Art und Weise tun, die die Menschen in Afghanistan nicht im Stich lässt. Wir wissen: Wie die künftige innere Entwicklung des Landes sich vollziehen soll, wie die Afghanen leben wollen, das können am Ende nur sie selbst entscheiden. Das kann ihnen niemand von außen oder von oben aufzwingen.
2. Anders als unsere amerikanischen Freunde – und der US-Botschafter bei der NATO wird gleich noch Gelegenheit haben, darauf zu antworten – sehen wir aber nicht, dass dieses Ziel durch neue Kampftruppen und immer mehr Soldaten erreicht werden kann. „Der Schlüssel für eine nachhaltige Befriedung des Landes liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes“, wie wir in unserem Papier geschrieben haben. Der Aufbau einer Zivilgesellschaft und eine ökonomische Perspektive sind nicht nur humanitäre Gebote, denen wir verpflichtet sind, sondern sie machen eine Gesellschaft wehrhaft und nachhaltig sicherer.

3. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mehr im Bereich der afghanischen Militär- und Polizeiausbildung tun müssen. Im Bereich Militär gehen wir davon aus, dass innerhalb der bestehenden deutschen Mandatsobergrenze von 4.500 Soldaten, die der Deutsche Bundestag erst gerade beschlossen hat, durch Umschichtung mehr und bessere Ausbildung möglich ist. Auch die Zahl der Polizeiausbilder muss deutlich erhöht werden.
4. Wir brauchen eine kräftige Aufstockung der zivilen Mittel. Wir brauchen das Geld, um gute Regierungsführung, Menschenrechtsschutz, die Drogen- und Korruptionsbekämpfung und das Rechts- und Verwaltungssystem voranzubringen.
5. Es ist auch völlig klar, dass wir den regionalen Ansatz wiederbeleben müssen, den Frank-Walter Steinmeier als Außenminister eingebracht hat: Pakistan eng einzubeziehen, um Rückzugsräume für Al-Qaida enger zu machen, und um ein konstruktives Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan zu ermöglichen. Deshalb sollte ein deutscher Außenminister sich nicht in peinlicher Kraftmeierei üben und damit drohen, nicht zur Londoner Konferenz zu fahren, sondern endlich seinen Job machen.
6. Wir müssen mit allen Kräften in Afghanistan ins Gespräch kommen, die sich konstruktiv am nachhaltigen Aufbau des Landes beteiligen wollen. Der erste deutsche Politiker, der das übrigen gefordert hat, war der damalige SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck.

Er ist dafür in der Öffentlichkeit und auch von den heutigen Regierungsmitgliedern verhöhnt worden. Inzwischen scheinen sogar die, die damals höhnische Kommentare abgaben, genau diese Strategie für ihre ureigene Idee zu verkaufen. Der innerafghanische Versöhnungsprozess ist ein wesentlicher Schlüssel, auch wenn wir nicht naiv sind, auch angesichts des menschenverachtenden Terrors, der jüngst in Kabul stattgefunden hat. Aber hier in der ersten Reihe sitzt Egon Bahr, der hervorragend Auskunft darüber geben kann, was man mit „Wandel durch Annäherung“ erreichen kann. Ich bin sicher, dass Außenminister Spanta uns weiterführendes zu dieser Frage sagen kann.

Klar ist: Der amerikanische Präsident hat angekündigt, dass die USA ab 2011 mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen werden. Das ist eine völlig legitime Ankündigung, die wir als Sozialdemokraten begrüßen.

Es sollte aber nicht nur bei der Ankündigung eines Abzugstermins bleiben, sondern wir müssen auch einen Korridor für den Abschluss des Abzugs definieren. Wir schlagen den Zeitkorridor 2013 – 2015 vor. Wir wollen über diesen Zeitkorridor mit unseren Bündnispartnern beraten – insbesondere mit Frankreich und unseren europäischen Freunden. Es ist für uns klar, dass Deutschland nicht isoliert handeln kann und darf. Es muss allerdings allen beteiligten Akteuren klar sein, dass unser Engagement ein zeitlich befristetes ist. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb zusammen mit dem afghanischen Präsidenten einen entsprechenden Fahrplan erarbeiten.

Die SPD vertritt eine verantwortliche Position, die die Interessen unseres Landes, die Interessen der afghanischen Bevölkerung und die Partnerschaft mit unseren Freunden und Verbündeten im Auge behält. Hierfür brauchen wir Offenheit in der Debatte, Entschlossenheit bei der Umsetzung unserer Strategie, Rückgrat, um Beschlossenes auch gegen Widerstände zu vertreten, und Solidarität mit all jenen, die unter lebensgefährlichen Bedingungen in Afghanistan arbeiten.

Wir laden Sie ein, sich an der Debatte zu beteiligen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat der scheidende Außenminister Afghanistans Dr. Spanta.

Rangin Dadfar Spanta

Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan

Gestatten Sie mir zunächst, für die Einladung und für die Gelegenheit, über Afghanistan zu sprechen, zu danken.

Die Debatten über Afghanistan werden überwiegend dominiert durch negative Medienberichte. Häufig wenn ich mit meinen eigenen Freunden im Ausland spreche, wird Afghanistan meistens mit Terrorismus, Drogen und Korruption assoziiert. Ich habe den Eindruck, dass die Medien-Diskurse des Westens oft Probleme haben, eine angemessene Gesamtdarstellung über Afghanistan zu transportieren.

Zum Glück ist es in der Bundesrepublik Deutschland nicht einfach, der Brutalität des Krieges zum Trotz Kriege zu verteidigen. Aber die Tatsache ist, dass es sich in Afghanistan nicht um einen Interventionskrieg handelt, sondern um eine Einmischung für Freiheit vom Joch einer beispiellosen Schreckensherrschaft und eines international operierenden terroristischen Netzwerks .

Als der ehemalige Premierminister Englands, Mr. Tony Blair, den Aachener Karlspreis bekam, demonstrierte ich mit ein paar der Friedensbewegten gegen ihn wegen seiner Beteiligung an dem ersten Irakkrieg. Ich war an vielen Friedensdemonstrationen beteiligt und teile heute auch die Sorgen von vielen Friedensaktivisten.

Als ich nach dem Fall des Taliban-Al-Qaida-Regimes in Afghanistan nach 25 Jahren die Chance bekam, meine Heimat zu besuchen, verstand ich das Ausmaß der Tragödie in Afghanistan erst tatsächlich.

So bin ich von einem Skeptiker der Intervention der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zu deren Befürworter geworden. Nun gestatten Sie mir, meine Haltungsänderung in einer sehr knappen Darstellung zu begründen.

Afghanistan unter den Taliban war ein Territorium ohne Staat, ohne Rechtsnormen, ein Land mit einem einzigen Radiosender, mit nur 4000 männlichen Studenten, wobei die Frauen weitgehend vom öffentlichen Leben verbannt waren. Anachronistische Strafmaßnahmen wie öffentliche Steinigungen der Frauen, Körperamputationen und die Verhaltensformen im Privatsten und viel mehr wurde durch eine religiöse Polizei geregelt. Tausende Menschen wurden wegen ihres Widerstandes gegen diese Art der totalen, vor-modernen Herrschaftsform ermordet. Dörfer, Gärten und Felder wurden zerstört. Mehrere junge afghanische Frauen wurden wegen des Verdachts, ihre Männer oder Eltern seien Gegner des Regimes, versklavt und an den Sex-Märkten der Region verkauft, wobei viele von den Angehörigen wegen der Schande darüber immer noch schweigen.

Wenn die ehemaligen Mujahedin in den 90er Jahren den Staat Afghanistan zerstört hatten, vollendeten Taliban und Al-Qaida deren Zerstörung durch eine beispiellose, totale Schreckensherrschaft. Also eine Steinzeitordnung im Zeitalter der Moderne und der Menschenrechte.

Es wäre absolut naiv zu glauben, dass sich die afghanische Bevölkerung damals aus eigener Kraft hätte befreien können.

Trotz aller Unzulänglichkeiten und der defizitären Lage haben wir heute in Afghanistan eine der progressivsten Verfassungen der Region. Wir haben gewählte Staatsorgane, freie Presse, relativ gut funktionierende Gesundheits- und Erziehungssysteme. Im heutigen Afghanistan werden beinahe 500 nichtstaatliche Zeitungen und Periodika veröffentlicht. Mehr als 25 landesweite nichtstaatliche Fernsehanstalten und mehr als 100 Radiostationen sind aktiv.

Sieben Millionen Jugendliche gehen auf Schulen und Universitäten. Allein im Jahr 2009 haben 7.500 Studenten ihr postgymnasiales Studium angefangen, wobei darunter 35 Prozent Frauen sind. Die primäre Gesundheitsversorgung ist von 8 Prozent im Jahre 2002 auf 86 Prozent im Jahre 2009 gestiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist von 185 Dollar im Jahre 2002 auf 500 Dollar im Jahre 2009 gestiegen.

Trotz all dieser Errungenschaften sind wir mit enormen Herausforderungen konfrontiert, die wir nicht allein bewältigen können: Terrorismus, Drogenproduktion und Drogenhandel, Korruption und immer noch schwache staatliche Institutionen und eine andauernde Kultur der Straflosigkeit.

Es handelt sich hier nicht um separat eigenständige Probleme, sondern es handelt sich hier um die Elemente eines komplexen Sachverhaltes. Es handelt sich um ein Miteinander vernetzter Problemfelder, deren Dauerhaftigkeit nicht zuletzt wegen Reproduktionsstätten des Terrors und Unterschlüpfen der Terroristen jenseits der afghanischen Grenzen gesichert wird. Ihre Finanzquellen florieren über Drogengelder hinaus permanent, weil manche staatliche Institutionen der Region den Terror weiterhin als Instrument der Außenpolitik benutzen und den immensen Rekrutierungsmöglichkeiten und Ausbildungszentren keinen Einhalt gewähren.

Wenn wir die Komplexität der Sachverhalte, die Unzulänglichkeiten des Staates Afghanistan und Fehler der internationalen Gemeinschaft berücksichtigen, dann müssen wir eine kritische Analyse der Lage vornehmen ohne sich gegenseitig zu beschuldigen.

Die Lage in Afghanistan ist fragil, die Institutionen meines Landes sind nicht gefestigt.

Was wir in den letzten Jahren erreicht haben, sind Resultate der Opferbereitschaft der Männer und Frauen aus vielen Ländern dieser Erde, die sich mit ihren afghanischen Mitstreitern für die Verwirklichung der Werte wie Freiheit und Frieden geopfert haben. Wir erinnern uns an diese tapferen Männer und Frauen, die für unsere Freiheit mit dem Leben bezahlt haben.

Frank-Walter Steinmeier und seinem Engagement ist es zu verdanken, dass bei dem G8-Gipfel im Jahre 2007 die stärkere Einbindung und Verpflichtung Pakistans im Kampf gegen den Terrorismus in den Vordergrund rückte. Somit wurde aufgrund seiner Initiative die Wahrnehmung des Afghanistan-Konflikts als regionaler Konflikt verstärkt.

Wenn ich die deutsche Kontroverse über die deutsche Mission in Afghanistan verfolge, stelle ich fest, dass die Debatte mehr auf militärische Komponenten reduziert wird, obwohl das deutsche Engagement in Afghanistan ein kombinierter ziviler und militärischer Einsatz war und ist.

Eine vorzeitige Beendigung der militärischen Präsenz Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan bedeutet die Vergeblichkeit unserer vorherigen Bemühungen und Errungenschaften sowie die Ermutigung unserer Gegner, an die Macht zurückzukehren und Afghanistan wieder zu einem Hafen für Schreckensherrschaft und des internationalen Terrorismus zu machen.

Es ist auch unser erklärtes Ziel, so schnell wie möglich einen sicheren Rückzug unserer Alliierten aus Afghanistan zu realisieren. Eine forcierte Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Armee und Sicherheitskräfte schaffen die Voraussetzungen für die Verwirklichung der afghanischen Selbstverantwortung und die Schaffung von Sicherheit in allen kritischen Provinzen innerhalb von drei Jahren. Darüber hinaus sind wir entschieden, innerhalb von fünf Jahren die Vorbereitung und Implementierung von militärischen Operationen im gesamten Land in eigener Führung durchzusetzen.

Wir Afghanen sind davon überzeugt, dass die Verteidigung unseres Landes unsere eigene Aufgabe ist und dieser Aufgabe möchten wir uns stellen. Ich appelliere an die internationale Gemeinschaft, uns in dieser Hinsicht zu helfen.

Ein genauer Abzugstermin der Truppen wäre ein falsches Signal in dieser auch psychologisch geführten Konfrontation, denn es würde dem Gegner strategische Vorteile schaffen und seine eventuelle Bereitschaft zu Versöhnung und Reintegration torpedieren.

Ich glaube, dass eine ganzheitliche Strategie mit Elementen militärischer Stärke, verstärkter wirtschaftlicher und sozial nachhaltiger Entwicklung, Aufbau der staatlichen Institutionen und Realisierung der Prinzipien der Good Governance und Rechtsstaatlichkeit sowie Bekämpfung der Korruption und Drogenwirtschaft mit Bereitschaft zur Versöhnung mit all denjenigen, die bereit sind, die afghanische Verfassung anzuerkennen, die richtige Strategie wäre.

Lasst nicht zu, dass das internationale Terror-Netzwerk von Al Qaida und ihrer Hintermänner in der internationalen Politik durch Kapitulation honoriert werden.

Zum Schluss wünsche ich Ihnen eine produktive, sachorientierte Debatte über das deutsche Engagement in Afghanistan. Herzlichen Dank für die gegebene Möglichkeit, mit Ihnen über Afghanistan sprechen zu dürfen.

Nikolaus Schneider

Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, stellv. Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Die knappe Redezeit zwingt mich, mehr holzschnittartig zu sprechen und weniger argumentierend.

Das Erste: Ich glaube, dass Margot Käßmann mit ihren Aussagen zu Afghanistan unserer Gesellschaft einen wertvollen Dienst geleistet hat. Denn wir treten nun in eine realistische Debatte ein über das, was in Afghanistan wirklich geschieht. Und das ist notwendig in unserem Land. Wir brauchen Klärungen. Wir alle müssen uns – auch im Interesse der Soldatinnen und Soldaten vor Ort – eingestehen, dass wir uns nicht nur an zivilen Aufbaumaßnahmen beteiligen, sondern aktiv in eine kriegerische Auseinandersetzung eingreifen. Deshalb danke ich Ihnen, Herr Gabriel, sehr herzlich, dass Sie das kirchliche Klärungsbemühen so positiv aufgenommen haben.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: In beiden großen christlichen Kirchen gab es einen Paradigmenwechsel. Wir reden nicht mehr vom gerechten Krieg, wir reden vom gerechten Frieden. Der gerechte Friede braucht Durchsetzung. Diese Durchsetzung geschieht durch rechtsbildende und rechtserhaltende Gewalt. Das sind die wesentlichen Leitbegriffe, die heute für die kirchliche Diskussion und für die ethische Bewertung maßgebend sind. Die EKD hat diese Überlegungen niedergelegt in ihrer Friedensdenkschrift „*Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*“. Viele dieser Überlegungen werden unsere pazifistischen Freundinnen und Freunde nicht zufriedenstellen. Ihre kritische Begleitung des Weges unserer Kirche bleibt notwendig, ihre Positionen verdienen Respekt. Auch pazifistische Positionen haben in unserer Kirche Raum und eine legitime Stimme. Die ethische Ausrichtung der großen Mehrheit in unserer Kirche geht mit diesen Position indes nicht überein. Sie erlaubt – zum Zwecke der Aufrichtung und Erhaltung – die Anwendung von Gewalt, auch militärischer Gewalt. Sigmar Gabriel hat das ja zitiert.

Ich will zum Dritten kurz die Kriterien benennen, die in der Friedensdenkschrift für den Gewalteinsatz aufgestellt werden. Da heißt es: „*Eine begründete Aussicht auf Erfolg besteht für bewaffnete Friedensmissionen nur, wenn sie Teil eines friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzeptes sind. Dies erfordert unter anderem eine präzise Definition des Auftrags, die Verfügbarkeit darauf abgestimmter Fähigkeiten, eine sorgfältige Koordination der verschiedenen nationalen und internationalen, militärischen und zivilen Akteure untereinander, eine realistische Abschätzung des für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Konsolidierung notwendigen Zeithorizonts, einschließlich der Festlegung von Exit-Kriterien. Da die für bewaffnete Friedensmissionen erforderlichen finanziellen Ressourcen unter Umständen wirtschaftliche Aufbauhilfen einschränken, ist die Verhältnismäßigkeit militärischer Mittel auch unter dem Aspekt der Kosten zu prüfen. Ferner müssen die persönlichen Belastungen und Risiken für die Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Angehörigen verantwortbar bleiben.*“ Und dann wird noch gesagt: „*Bewaffnete Friedensmissionen im Ausland sollten analog zur Praxis der Entwicklungspolitik immer mit einer begleitenden und nachträglichen Evaluierung durch unabhängige Instanzen verbunden werden.*“

Ich will nun zum Vierten versuchen, diese Gedanken mit wenigen Sätzen für die Situation in Afghanistan und deren Bewertung nutzbar zu machen:

Erstens: Der Kongress, zu dem Sie heute eingeladen haben, ist ein wichtiger Auftakt. Aber wir brauchen eine breitere Diskussion für eine Überprüfung des Sachstandes, für eine realistische „Zwischenbilanz“. Und wir sollten die Verantwortung für die notwendige Tatsachenerhebung einer unabhängigen wissenschaft-

lichen Institution überlassen. Wir sollten Regierung und Militär, vor allem aber auch die Nichtregierungsorganisationen daran beteiligen.

Solche tatsächlichen Erkenntnisse sind unerlässliche Grundlage für die geforderte – politische, militärische und nicht zuletzt ethische – Zwischenbilanz. Bei einer solchen Bilanzierung wird man sorgsam auf die Begriffe achten müssen. Denn man kann nur vernünftig diskutieren und bewerten, wenn die dabei verwandten Begriffe klar sind. Das gilt zuvörderst für den Begriff Krieg. Also, wie steht es damit? Staat steht nicht mehr gegen Staat. Armeen werden eingesetzt gegen Terroristen, die keine Uniform tragen, die sozusagen als Teil der Zivilgesellschaft auftreten und heimtückisch und hinterrücks agieren. Wie kann man damit umgehen? Was sind da die angemessenen Begriffe?

Zweitens stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen zivilem Aufbau und militärischem Engagement. Stimmen hier die Relationen? Ich habe den Eindruck, dass das Militärische nicht oder nicht vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung und Förderung des Zivilen betrachtet wird. Das ist gut nachvollziehbar: Allein aufgrund des Erlebens vor Ort gewinnt das Militärische überhand. Es wird schließlich meinungsbildend und -leitend. Ich weiß, dass die Militärs das selbst gar nicht wollen. Doch die Notsituation in solchen Ländern führt und verführt leicht zu solchen Prioritäten. Und das – gegenüber zivilen Aufwendungen – Mehrfache an Mitteln, das für militärische Aktionen bereitgestellt wird, tut ein Übriges. Aus christlich-kirchlicher Sicht müssten zivile Ziele erkenntnisleitend sein und der allein dienende Charakter des Militärischen betont werden.

Wenn wir drittens über die Notwendigkeiten in Afghanistan reden, dann brauchen wir zunächst persönliche Sicherheit für die Bevölkerung, für Leib und Leben der Menschen. Hier sind militärische Mittel im Augenblick sicher unverzichtbar. Mittelfristig braucht Afghanistan indes eine vorrangig nicht militärische, also polizeiliche Gewalt, die Sicherheit – auch Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit – verbürgt. Dazu brauchen wir wiederum ein funktionierendes Rechtssystem, das die kulturellen Traditionen Afghanistans nicht vernachlässigt. Und natürlich brauchen wir Frieden zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Und wir brauchen eine Infrastruktur, die ein geregeltes Leben ermöglicht. Afghanistan braucht eine wirtschaftliche Entwicklung. Eine Entwicklung, die Menschen nicht länger veranlasst Rauschgift zu produzieren, um ihr Leben fristen zu können. Eine Entwicklung, die Menschen immun macht gegen die Anwerbung durch Terroristen, die sie vor den Taliban und vor sich selbst schützt.

Für all das brauchen wir in jedem Fall eines: sehr viel mehr Fantasie. Warum nicht auch solche Instrumente wie „Basic Income Grant“, der den Menschen in Afghanistan eine Grundsicherung ermöglichen würde.

Militärische, rechtliche und wirtschaftliche Sicherung wird freilich langfristig nur gelingen, wenn wir auch die religiösen Dimensionen der bestehenden Konflikte in den Blick nehmen. Afghanistan nennt sich Islamische Republik. Wir brauchen Gespräche mit islamischen Religionsvertretern, die die Gewaltanwendung im Namen ihres Glaubens als das benennen, was es ist: Missbrauch der Religion. Wir brauchen die religiöse Delegitimierung des Terrors und von Selbstmordanschlägen. Für solche Gespräche sehe ich auch uns als Kirche in der Verantwortung.

Diese Verantwortung ist biblisch fundiert. Heißt es doch schon beim Propheten Jesaja: „*Das Werk der Gerechtigkeit wird Frieden sein. Und Frucht des Rechtes Sicherheit.*“ (Jes 32,17; vgl. Ps 85,11ff). Jesaja beschreibt mit diesen visionären Worten die Geborgenheit im Reich Gottes, die für uns in der Vorstellung von Recht, Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit konkret wird. Jesajas Vision ist für uns Christinnen und Christen aber nicht nur Verheißung, sondern auch Auftrag. Wir sind beauftragt, zu der mit Jesus Christus angebrochenen Herrschaft Gottes bereits in dieser Welt unseren Beitrag zu leisten. Wir sind gehalten mitzubauen

am Haus Gottes schon in dieser Welt. Diesen Auftrag können wir erfolgreich nur wahrnehmen, wenn wir für das, was Jesaja uns für die Vollendung des Reiches Gottes verheißt, schon in der nicht erlösten Welt werben und arbeiten: für Gerechtigkeit und Frieden, für Recht und Sicherheit.

Ein Beitrag zum Haus Gottes ist auch die Anerkennung, Dank und die Ermutigung für alle, die sich teilweise unter großen persönlichen Opfern in Afghanistan einsetzen. Das gilt für die zivilen Organisationen, die Nichtregierungsorganisationen, aber auch natürlich für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Wir beteiligen uns selber durch unsere eigenen Einrichtungen, aber auch durch unsere Militärseelsorge. Und das steht nicht in Frage.

Generalmajor Karl Müllner

Stabsabteilungsleiter Militärpolitik und Rüstungskontrolle, Bundesverteidigungsministerium

Worum geht's? Wo stehen wir? Was ist zu tun?

Es geht um Frieden und ein besseres Leben für die Afghanen, aber nicht nur. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit hier in Deutschland, die dann gefährdet wäre, wenn Afghanistan wieder zur Basis des internationalen Terrorismus würde. Die derzeitige afghanische Regierung ist noch nicht in der Lage, ausreichend Kontrolle über das Land auszuüben. Wir haben das gerade von Minister Spanta gehört. Sie braucht dazu weiter unsere Unterstützung, und zwar sowohl um die Sicherheitslage im Land zu stabilisieren, als auch die staatlichen Institutionen und vor allem auch die Wirtschaft des Landes aufzubauen.

Ziel muss aber sein, die Afghanen selbst in die Lage zu versetzen, auch ohne Unterstützung von außen dafür zu sorgen, dass Stabilität herrscht, dass dem Land eine Zukunftsperspektive, und zwar eine selbsttragende, gegeben wird und dass Afghanistan im Frieden mit seinen Nachbarn leben kann.

Wo stehen wir jetzt?

Zunächst einmal ist in Afghanistan bei Weitem nicht alles schlecht, auch wenn manch einer uns das glauben machen möchte. Der zivile Aufbau macht erkennbare Fortschritte. Auch die Handlungsfähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte ist gestiegen, wie die Reaktion auf die Zwischenfälle in Kabul Anfang dieser Woche deutlich macht. Ich denke, das verdient Respekt.

Aber in Afghanistan ist natürlich noch nicht alles gut. Die Taliban sind nach ihrer Niederlage in 2001 wieder erstarkt und füllen in manchen Teilen des Landes – im Norden zum Beispiel in den Provinzen Kundus und Faryab – das immer noch vorhandene Sicherheits-, Justiz- und Verwaltungsvakuum. In zunehmend organisiertem Vorgehen und unter Abstützung auf zivile Schattenstrukturen erheben sie – untermauert durch eine steigende Zahl von Anschlägen auch gegen die eigene Bevölkerung ihren Machtanspruch. Eine erneute Diktatur der Taliban wäre jedoch weder für die große Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, noch für die internationale Gemeinschaft ein akzeptables Ergebnis dieses Machtkampfs. Unser Interesse nach eigener Sicherheit gebietet, dies zu verhindern.

Was gilt es also zu tun?

Ich denke, im Kern muss es darum gehen, das Machtvakuum, das die Taliban für ihre Zwecke nutzen, durch den Aufbau legitimer staatlicher Strukturen zu füllen und eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen, die den Menschen in Afghanistan Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt. Die in den letzten Wochen veröffentlichten Umfragen in Afghanistan beweisen, dass sich schon aus ein wenig Fortschritt viel Hoffnung schöpfen lässt.

Die Voraussetzung für den Aufbau staatlicher Strukturen und wirtschaftlicher Entwicklung ist jedoch stets ein Mindestmaß an Sicherheit. Diese zu gewährleisten wäre eigentlich die vornehmste Aufgabe des afghanischen Staates selbst. Aber, wie schon gesagt, wir wissen, er ist dazu noch nicht in der Lage.

Die internationale Gemeinschaft muss daher helfen, sicherlich aus humanitärem Interesse, aber auch aus eigenem. Sie muss dabei neben dem zivilen Aufbau zur Sicherheit so lange beitragen, und zwar selbst solange

beitragen, wie der afghanische Staat dazu nicht in der Lage ist, und zweitens die zivilen und militärischen afghanischen Sicherheitskräfte aufbauen, damit diese mittelfristig selbstverantwortlich übernehmen können. Dabei ist dieser Übergang zwischen Ausbildung und Sicherheit fließend. Denn eine klassische Ausbildung im Hörsaal, wie wir das von zu Hause gewohnt sind, ist angesichts der drängenden Sicherheitsprobleme nicht immer möglich. Vielmehr, auch angesichts der hohen Analphabetenquote, muss die Ausbildung überwiegend in einem so genannten „On-the-Job-Training“ erfolgen. Das neue Partnering-Konzept der Nato trägt dem über das bisherige Konzept der so genannten Mentoring- und Liaison-Teams zusätzlich angemessen Rechnung.

Es gibt aber auch noch einen weiteren Zusammenhang zwischen Ausbildung und Sicherheit. Je schneller die afghanischen Sicherheitskräfte eigene Fähigkeiten erlangen, desto schneller kann die internationale Gemeinschaft die Verantwortung für diesen Bereich den Afghanen selbst übergeben. Schnellere Übergabe der Verantwortung erfordert jedoch auch die Einsicht und die Bereitschaft für ein höheres Engagement. Bleibt dies aus, kann Verantwortung nicht übertragen werden. Und sogar das strategische Ziel ausreichender Stabilität gerät in Gefahr.

Genau dies hat der Kommandeur der ISAF-Schutztruppe in seiner Lagebeurteilung im August letzten Jahres ganz nüchtern festgestellt, was auch zu einem Wechsel in der Operationsführung von ISAF geführt hat, der derzeit bereits umgesetzt wird. Im Mittelpunkt steht nicht mehr der ohnehin aussichtslose Versuch, eine Aufstandsbewegung mit militärischen Mitteln niederkämpfen zu wollen. Im Mittelpunkt steht der Schutz der Bevölkerung und des Wiederaufbaus, ein Ansatz, der in Nordafghanistan unter deutscher Führung von Anfang an mit unserem PRT-Konzept umgesetzt worden war.

Dennoch kann es auch für uns im Norden nicht einfach ein „Weiter-so“ geben. Denn die Fortschritte, insbesondere beim Aufbau der afghanischen Streitkräfte und der Polizei, sind auch im Norden noch unzureichend. Sie reichen nicht aus, um uns auf absehbare Zeit eine realistische Perspektive für eine Übergabe in Verantwortung und damit für unseren Rückzug, vor allem unserer militärischen Kräfte, zu eröffnen.

Im Raum Kundus und in der Provinz Faryab hat sich die Sicherheitslage trotz erhöhten Engagements sogar verschlechtert. Daraus ergeben sich auch zwei strategische Risiken. Erstens wird der Durchhaltewillen unserer eigenen Gesellschaft dadurch geschwächt, indem wir zunehmend Zweifel am Erfolg unserer Anstrengungen haben. Die Taliban nutzen das ganz gezielt aus, und zwar durch absichtliche Erhöhung ziviler Opferzahlen, ebenso wie durch die Erhöhung der Zahl gefallener Soldaten oder auch ziviler Aufbauhelfer auf Seiten der internationalen Gemeinschaft. Den Taliban geht es darum, uns den Glauben an die gute und gerechte Sache zu nehmen.

Das zweite strategische Risiko ist aber auch das schwindende Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit der eigenen Regierung und die sie unterstützende internationale Gemeinschaft – im Kampf gegen eine Aufstandsbewegung ein entscheidender Faktor.

Denn wenn die Menschen in Afghanistan nicht mehr glauben, dass ihnen die Unterstützung ihrer Regierung und der sie unterstützenden internationalen Gemeinschaft eine bessere Zukunft beschert, dann steigt auch das Risiko, dass sie sich letztendlich dem Terror der Taliban beugen. Und dann werden auch wir zu Besatzern und werden Afghanistan letztendlich verlieren.

Was müssen wir also tun, damit dies nicht geschieht?

Ich denke, zum einen darf „Afghan ownership“ keine leere Hülse bleiben, auch wenn die von den Afghanen selbst angestrebten Lösungen nicht immer unseren Idealen und Maßstäben genügen würden. Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, eine Demokratie westlichen Maßstabs am Hindukusch errichten zu

wollen. Vielmehr gilt, die traditionelle Gesellschaftsordnung in Afghanistan für unsere Ziele selbsttragender Sicherheit zu nutzen. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Wir müssen aber vor allem den Menschen in Afghanistan die Zuversicht vermitteln, dass sie mit uns einen verlässlichen Partner haben, der ihnen und ihren Kindern hilft, den Weg in eine bessere Zukunft zu finden. Dazu brauchen wir aus meiner Sicht gemeinsam mit unseren internationalen Partnern eine entscheidende Kraftanstrengung, um den zivilen Aufbau staatlicher Institutionen voranzubringen und den Sumpf der Taliban-Ideologie durch Sicherheit und Zukunftsperspektive auszutrocknen.

Dies geht weder durch zivile Aufbauhilfe, noch durch erhöhtes militärisches Engagement allein. Beides bedingt sich gegenseitig und muss ineinandergreifen. Die Londoner Afghanistan-Konferenz nächste Woche soll dazu konkrete Ergebnisse bringen. Sie soll die afghanische Regierung zu guter Regierungsführung, aber auch zur Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität verpflichten, als auch der afghanischen Bevölkerung die verlässliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zusichern.

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Gesamtpaket möglicher deutscher Unterstützungsleistungen, das sich einerseits orientiert und einfügt in die bereits angekündigten Anstrengungen unserer Partner in Afghanistan und andererseits dem von uns analysierten Bedarf an Aufbauhilfe in der Nordregion gerecht wird, für den wir gegenüber den Afghanen und innerhalb der internationalen Gemeinschaft besondere Verantwortung übernommen haben.

Die Entscheidungen, wie dieses Gesamtpaket ausgestaltet sein wird, ist noch nicht gefallen. Ich müsste daher vor allem die Vertreter der Medien enttäuschen, wenn sie von mir erwartet hätten, dass ich hier und jetzt und konkret über einen möglichen höheren Beitrag auch der Bundeswehr Stellung beziehen könnte. Fest steht aber, dass die mögliche Erhöhung eines zivilen Beitrags – seien es zusätzliche Aufbauhelfer oder Polizeiausbilder – zwangsläufig auch einen erhöhten Bedarf an zusätzlicher Sicherheit nach sich zieht. Da der afghanische Staat, wie wiederholt gesagt, nicht dazu in der Lage ist, gilt es, diese Aufgabe mit eigenen Kräften, sprich auch Soldaten, zu meistern.

Um zugleich dieser Aufgabe ein afghanisches Gesicht zu geben, bedarf es einer verstärkten Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, die bisher noch nicht im Mittelpunkt unseres militärischen Engagements stand. Ich unterstreiche, was Minister Spanta gesagt hat. Erst in den letzten zwei Jahren haben wir angefangen, uns auf diese Frage überhaupt zu konzentrieren. Und bis vor wenigen Monaten war der Anteil der deutschen Soldaten, der sich mit Ausbildung beschäftigt hat, eher 10 Prozent des Gesamtkontingents, nicht mehr – von unserer Bilanz als G8-Führungsnation für die afghanische Polizeiausbildung ganz zu schweigen.

Um also eine Übergabe in afghanische Verantwortung zu einer realistischen Perspektive zu verhelfen und damit eine Chance für die Stabilisierung des Landes und eine militärische Abzugsperspektive zu eröffnen, wird nach meiner Ansicht eine so genannte „Anschubinvestition“ unerlässlich sein. Wie diese letztlich aussehen wird, steht noch offen. Ich bin mir aber sicher, dass auch der Besuch des afghanischen Präsidenten Karsai nächste Woche hier in Berlin dazu beitragen wird, die letzten Bausteine für diese Entscheidung zusammenzufügen und dass letztendlich ein überzeugendes, angemessenes und vor allem auch leistbares Paket präsentiert werden wird, das uns in Afghanistan gemeinsam mit unseren internationalen Partnern eine realistische Chance zum Erfolg geben wird.

Und als Soldat möchte ich zum Abschluss noch hinzufügen: Wenn es denn dazu kommt, dass dazu auch ein neues Mandat im Deutschen Bundestag angestrebt wird, so erhoffe ich mir in guter Tradition des Parlaments, dass hierzu eine breite Mehrheit gefunden wird, also auch die Unterstützung der SPD.

Tom Koenigs

ehem. Leiter der UN-Mission in Afghanistan, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages

Im Augenblick, unmittelbar vor der London-Konferenz, führen wir eine Debatte, die sehr viel weiter geht als das, was wir bisher auch im Bundestag diskutiert haben. In der Londoner Konferenz geht es vor allem darum, wie sich die Deutschen zur Strategieänderung der US-Amerikaner verhalten. Diese Strategieänderung, das haben wir eben vom US-Botschafter bei der Nato, Ivo H. Daalder, noch mal gehört, besteht ja darin, dass erstens und allererstens und wichtigstens der Schutz der afghanischen Bevölkerung im Mittelpunkt der internationalen Bemühungen steht, und zwar sowohl der zivilen als auch der militärischen Bemühungen. Deshalb ist die Aufarbeitung des Bombardements von Kundus auch so dringend nötig, weil die Deutschen offensichtlich gegen diese Zielsetzung verstoßen haben. Der Oberste Befehlshaber der US- und Nato-Truppen in Afghanistan, General Stanley A. McChrystal, hat diesen Zwischenfall genutzt, um auf diesen Verstoß sehr deutlich hinzuweisen. Es geht den Internationalen in Afghanistan um den Schutz der Zivilbevölkerung und nicht darum, möglichst viele Taliban zu erschießen.

Das zweite Neue in der Strategie ist die Einbeziehung der Nachbarstaaten in der Region. Da wünschte ich mir von der deutschen Diplomatie sehr viel mehr Aktivität, auch in Richtung auf Pakistan und eine Öffnung zu Iran. Denn wenn der Ausschluss des Irans aus allen diplomatischen und politischen Initiativen in der Region auch von Seiten der Deutschen nicht aufgehoben wird, wird diese Einbeziehung der Region nicht möglich sein. Das hat Rangin Spanta noch mal sehr präzise beschrieben.

Die transatlantische Dimension dieser Debatte kann nicht unterschätzt werden. Wenn man dort ist, in Afghanistan, sieht man das sofort: Die Deutschen sind ein relativ kleines Kontingent – im Militärischen 5 Prozent, im Zivilen noch etwas mehr. Die Amerikaner stocken jetzt noch mal auf, stocken aber auch gewaltig das zivile Engagement auf. Aber obwohl die Deutschen relativ wenig machen, ist das, was sie machen, symbolisch ungeheuer wichtig.

Der Einsatz in Afghanistan hat angefangen mit der Erklärung von Kanzler Schröder, in der er unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Amerikanern betonte. Und wenn wir jetzt schwächeln an diesem Punkt, dann heißt das, wir schränken die Solidarität eben ein. Ich halte das für einen ganz großen Fehler. Das darf man nicht machen.

Aber der Einsatz definiert auch unser Verhältnis zu den Vereinten Nationen. Denn wenn wir den Einsatz vorzeitig beenden würden, hieße das auch, dass wir die Vereinten Nationen delegitimieren würden. Wir wären dann für andere Peacekeeping-Missionen, denn der Afghanistan-Einsatz ist ja eine, nicht mehr in der Lage zu reagieren oder würden dann auch nicht mehr ernst genommen. Das halte ich für die Zukunft der deutschen Diplomatie für einen ganz wesentlichen Punkt. Und ich sehe bei der jetzigen Regierung leider, dass ihr multilaterale Kontakte und auch der Kontakt zu den Vereinten Nationen nicht sehr wichtig sind.

Ich möchte zu dem pointiertesten Punkt der Debatte der letzten Tage und auch des SPD-Papiers was sagen, wenn Sie mir das erlauben, Herr Schulz.

Obama hat ein Datum gegeben, wann der Abzug beginnen sollte nach einem Aufwuchs des dortigen Einsatzes im Militärischen und im Zivilen, nämlich 2011. Das ist – da die Amerikaner 80 Prozent der Aktionen in Afghanistan ausführen oder finanzieren – ein Datum. Das hat Nachteile, hat Vorteile – darüber kann

man diskutieren. Jedenfalls sagt es sehr deutlich: Wir werden dort militärisch langfristig nicht bleiben. Es ist gut, das zu sagen, und es war auch wichtig. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, die zivile Hilfe bleibt und die zivile Hilfe muss auch langfristig sein. Das müssen wir jetzt auch sehr deutlich sagen.

Rangin Spanta hat das noch mal sehr deutlich gesagt: Die zivile Hilfe muss stärker werden, muss bleiben, muss auch Vertrauen schaffen. Das wird auch die Afghanen dazu bringen, dass sie sich unseren Anforderungen stellen, dass wir sagen, ihr müsst die Sicherheit selbst machen, sie werden sich den Anforderungen stellen. Sie werden aber auch Anforderungen an uns haben. Die Anforderung, die heute formuliert worden ist, ist: Die Afghanen wollen mehr Polizisten haben. Das heißt, die Anforderung an uns ist, mehr dazu beizutragen, die Polizisten auch auszubilden, massiv auszubilden.

Und wenn ich mir ansehe, was wir in der Vergangenheit seit 2003 gemacht haben, ist es genau das Gegenteil. Wir haben weder die Strukturen geschaffen, um Polizei auszubilden, noch ausreichend Polizisten geschickt, noch sind wir irgendwie in der Lage, darauf zu antworten. Die Amerikaner haben wenigstens darauf geantwortet, indem sie Soldaten zur Polizeiausbildung geschickt haben – so problematisch das ist. Ich schlage vor, darüber ernsthaft nachzudenken, ähnlich vorzugehen, weil dieses prinzipiell problematische Vorgehen deutlich bessere Ergebnisse in Afghanistan erbracht hat als die rein zivilen Ausbildungsmethoden, die die Deutschen bislang hauptsächlich angewendet haben.

Natürlich ist jedes Datum, das man setzt, vor allem für den heimischen Verzehr, der Amerikaner mit 2011, aber auch der Deutschen mit dem „Korridor“ von 2013 bis 2015 des SPD-Papiers. Ich halte solchen Daten für hochriskant, denn sie sind nicht definiert von der afghanischen Realität, sondern von dem, wovon wir glauben, dass wir dafür daheim Beifall kriegen. Ich finde das nicht richtig. Wir sollten deutlich sagen, was wir in Afghanistan machen wollen und wie intensiv. Und das muss als allererstes das sein, was wir versprochen haben, nämlich Polizei auszubilden. Daran werden wir auch gemessen. Da haben wir gesagt, wir sind die Lead Nation. Da haben wir quantitativ und qualitativ bisher versagt. Auch EUPOL war kein Erfolg.

Da müssen wir mehr machen. Da erwarte ich auch mehr von der Bundeswehr, die sich da jetzt mit Feldjägern einsetzt – mit guten Resultaten. Wir sollten die Feldjäger-Einsätze aber konzeptuell noch stärker diskutieren.

Ich würde aber auch einen Punkt sagen, wo wir Deutschen mehr können, als wir bisher gemacht haben. Es ist ja nicht nur die Frage, was die Afghanen von uns wollen, sondern auch, was wir geben können. Da ist noch viel Potential im Bereich der Ausbildung, Bildung und der Universitäten. Unser großes gewaltiges altes Universitätssystem ist bisher in den Austausch mit den ärmlichen Universitäten Afghanistans nicht getreten. Und die Hälfte der Afghanen ist unter 18. Das ist eine ganz junge Bevölkerung. Die neuen Eliten werden jetzt gebildet. Und diejenigen, die letzten Endes ja die Demokratie der Zukunft in Afghanistan tragen müssen, werden die Eliten dieser Universitäten sein. In der jetzigen Regierung sind es noch die, die früher auch teilweise auf deutschen Schulen gelernt haben, wie Rangin Spanta. Hier den DAAD zu unterstützen, der bisher da nur eine Randrolle spielt, halte ich für ungeheuer wichtig.

Es wird immer diskutiert, auch Kurt Beck hatte das gemacht, ob und mit wem man verhandeln sollte. Da ist die Rede von gemäßigten Taliban, da ist die Rede von Integrationswilligen. Die Taliban sind keine Partei, einheitlich und konsolidiert wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sondern die Taliban sind eine sehr breite Bewegung. Ich will jetzt einfach zur Erhellung mal neun Teile dieser Bewegung sagen, damit man überhaupt mal sieht, was das für ein bunter Strauß ist.

Da ist natürlich die Ex-Regierung Mullah Omar. Da sind die Madrassa-Schüler. Da sind auch die Al-Qaida

Foreign Fighters. Aber da sind auch und in Mehrheit verärgerte Stammesführer mit ihren Mannen. Da sind auch Soldaten, die für Geld kämpfen. – Anmerkung: Wir müssen die Polizisten besser bezahlen als die Taliban ihre Soldaten zahlen. – Da sind Leute, die in den Krieg gezwungen worden sind, Leute die gezwungen worden sind, weil sie keine andere Alternative haben – aus ökonomischen Gründen oder aus militärischen. Da sind Leute, die ihren Drogenanbau und andere Geschäfte verteidigen. Da sind Opportunisten, die sagen, die Taliban siegen, da sind wir dabei. Und schließlich sind es Kriminelle. Das sind jetzt neun Gruppen. Es gibt sicher noch mehr.

Man muss versuchen, in allen diesen Gruppen Leute zu finden, mit denen zu verhandeln ist. In Afghanistan ist es sehr schwierig zu sagen, wer Taliban ist, wer es sein könnte, wer es nie werden würde und wer es nie war. Deshalb ist das Verhandeln die politische Lösung, eine Lösung, die sehr schwierig ist. Wer kann und muss das machen? – Die afghanische Regierung, nicht wir. Und sie wird Kompromisse machen, die uns unter Umständen nicht immer gefallen. Da müssen wir dann Kompromisse machen. Ich finde es gut, dass Rangin Spanta und der Präsident Hamid Karzai immer sagen: Die afghanische Verfassung ist die liberalste islamische Verfassung, die es bisher gibt. Die ist die Grundlage. Hoffentlich bleibt es dabei.

Mein Fazit:

- Erstens machen die USA endlich das Richtige. Jetzt sollten wir plötzlich Obama nicht mehr unterstützen? Das wäre das falsche Zeichen – in Richtung Washington und in Richtung Kabul.
- Zweitens würde Deutschland sich aus dem transatlantischen Dialog und der Solidarität mit den Vereinten Nationen verabschieden, wenn wir in Afghanistan die zivilen und militärischen Kräfte vorzeitig abziehen.
- Und drittens, aus Verantwortung für die fortschrittlichen Afghanen, wie Rangin Spanta, müssen wir dort weiter engagiert bleiben, auch wenn uns das in Einzelfällen die schwarz-gelbe Regierung sehr, sehr schwer macht.

Jürgen Lieser

stellv. Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)

Seit den Terroranschlägen vom September 2001 versucht der Westen in Afghanistan mit massivem militärischen Einsatz den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Ziel ist es, das Land zu befrieden, eine demokratische Entwicklung und den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau voranzubringen. Zurzeit befinden sich hierfür rund 100.000 ausländische Soldaten aus über 40 Nationen im Land. Der Einsatz ist nicht nur mit immensen Kosten verbunden, sondern hat auch schon vielen jungen Soldaten das Leben gekostet.

Die Bundesregierung schickt aber nicht nur Soldaten zum Zweck der Aufstandsbekämpfung und Befriedung des Landes nach Afghanistan. Auch die zivile Aufbauhilfe und die Stärkung der afghanischen Regierungsinstitutionen spielen eine wichtige Rolle. In der Afghanistan-Strategie der Bundesregierung heißt das „Vernetzte Sicherheit“, im NATO-Jargon „Comprehensive Approach“.

Wenn in Deutschland über Afghanistan gesprochen wird, dann geht es vor allem um den Einsatz der Bundeswehr. Das liegt zum einen daran, dass der Deutsche Bundestag jedes Mal neu entscheiden muss, wie lange der Einsatz gehen soll, wie viele Soldaten nach Afghanistan geschickt werden und wann ein Abzug der Streitkräfte möglich ist. Das Engagement ziviler Hilfsorganisationen, die ebenfalls unter hohem Risiko in Afghanistan arbeiten, tritt demgegenüber meist in den Hintergrund. In dieser Wahrnehmung spiegelt sich auch das Missverhältnis zwischen dem militärischen und dem zivilen Aspekt des Afghanistan-Einsatzes wieder. Immerhin wird jetzt auch im politischen Sprachgebrauch von „Krieg“ gesprochen. Das ist zwar nicht ausschlaggebend für die Debatte, bringt aber ein Stück mehr Ehrlichkeit in die Diskussion. Dies ist vor allem gegenüber den Soldaten wichtig, die in Afghanistan täglich ihr Leben riskieren. Sie, die Soldaten, haben schon längst begriffen, dass sie keine „Entwicklungshelfer in Uniform“ sind, die Brunnen bohren und Schulen bauen dürfen.

Doch selbst die Entwicklungshelfer – einheimische und internationale – werden in Afghanistan zunehmend Opfer gewaltsamer Übergriffe. Vor dem Hintergrund dieser Situation stellt sich nun die Frage: „Was will Deutschland am Hindukusch? Und hat sich die bisherige Afghanistan-Strategie bewährt?“ Die Antwort auf die erste Frage hat Peter Struck 2002 mit seinem berühmten Zitat auf den Punkt gebracht: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Etwas eleganter formuliert steht es im aktuellen Afghanistan-Konzept der Bundesregierung: *„Ein stabiles Afghanistan liegt im genuinen deutschen Interesse“*. Mit dem Bündnispartner USA und im Rahmen der NATO kommen im Falle von Afghanistan zweifellos weitere geostrategische und außenwirtschaftliche Eigeninteressen mit ins Spiel.

Die zweite Frage nach den Ergebnissen der Afghanistan-Strategie erschließt sich – zumindest von Regierungsseite – nicht so eindeutig. VENRO hat dagegen in der Vergangenheit bereits mehrfach auf bedenkliche Fehlentwicklungen hingewiesen. Nach unserer Einschätzung hat die internationale Gemeinschaft trotz vielfältiger Anstrengungen die bisherigen militärischen und politischen Ziele nicht erreicht. Die Afghanistan-Strategie droht zu scheitern.

Auch wenn nach dem Sturz der Taliban Erfolge zu verzeichnen sind, etwa bei der Gesundheitsversorgung, der politischen Mitsprache von Minderheiten oder der Schul- und Berufsbildung, so fällt die Bilanz des internationalen Engagements aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen negativ aus.

Lassen Sie mich dieses kritische Urteil an einigen Beispielen konkret machen:

Vom Ziel eines stabilen Afghanistans sind wir heute weit entfernt. Das wird auch in NATO-Kreisen nicht bestritten. Die militärischen Auseinandersetzungen und die dadurch verursachten zivilen Opfer nehmen zu. Die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung hat sich – auch im Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden Afghanistans – dramatisch verschlechtert. Durch die hohen zivilen Opferzahlen bei Militäraktionen wird das Gegenteil von Aufstandsbekämpfung bewirkt: Der Zorn gegen die Besatzer wächst, junge unzufriedene Afghanen schließen sich bewaffneten Widerstandsgruppen an.

Wir warnen seit langem vor den negativen Folgen einer Vermischung von ziviler und militärischer Hilfe, wie sie in Afghanistan beispielsweise in Form der Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) praktiziert wird. Durch die unklare Grenzziehung zwischen dem humanitären Mandat von Hilfsorganisationen und dem politischen Mandat von Streitkräften wird die Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen in Frage gestellt und damit auch ihre Sicherheit gefährdet. Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe dürfen nicht zu Instrumenten der Aufstandsbekämpfung gemacht werden.

Die massiven Manipulationen bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen stellen nicht nur die Legitimität der Regierung Karsai in Frage, sondern sie werfen auch ein grelles Licht auf den desaströsen Zustand der afghanischen Macht- und Regierungsstrukturen. Dass die alten korrupten Machteliten, die Drogenhändler und die Führer der bewaffneten Milizen nach wie vor in höchsten Regierungsämtern sitzen, ist einer der unverzeihlichen Fehler, die man dem Westen vorhalten muss.

Der Schutz der Menschenrechte und die Durchsetzung von rechtsstaatlichen Prinzipien durch die afghanische Regierung bleiben immer noch weit hinter den Erwartungen zurück. Vor allem Mädchen und Frauen sind erheblich in ihren Rechten eingeschränkt und zu wenig gegen Menschenrechtsverletzungen geschützt. Das Gesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch nicht verabschiedet.

Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt. Trotz erheblicher Mittel für die Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit, die in den letzten Jahren ins Land geflossen sind. Die Mittel, die für den zivilen Aufbau in Afghanistan bereitgestellt werden, entsprechen nur einem Bruchteil dessen, was Deutschland für den militärischen Einsatz ausgibt.

Strategiewechsel gefordert

Angesichts dieser Entwicklungen fordert VENRO von der Bundesregierung einen Strategiewechsel in Afghanistan, der dem zivilen Aufbau Vorrang vor dem Einsatz militärischer Mittel einräumt. Zudem fordern wir, dass unter allen Umständen der Schutz und die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu gewährleisten ist. Das Humanitäre Völkerrecht, das den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verbindlich regelt, darf nicht durch unverhältnismäßige Mittel und Formen der Kriegsführung ausgehöhlt werden.

Die schädliche und irreführende Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben ist endlich zu beenden. Weder dürfen Streitkräfte selbst eigene zivile Hilfsprojekte durchführen, noch dürfen Hilfsorganisationen für militärische oder politische Ziele vereinnahmt oder instrumentalisiert werden.

Mittelfristiges Ziel muss es sein, alle ausländischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen und dem Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes wieder volle Geltung zu verschaffen. Deshalb muss der Diskussionsprozess über eine Exitstrategie, der auf politischer Ebene bereits begonnen hat, auch in Deutschland intensiv geführt werden.

Die Mittel für die humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe müssen deutlich aufgestockt werden. Allerdings reicht eine nur quantitative Erhöhung nicht aus. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich konsequent an dem Bedarf ausrichten. Die bestehende Unterordnung unter militärische und politische Prioritäten ist zu beenden.

Gleichzeitig muss die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit für Afghanistan dringend verbessert werden. Die Geberstaaten sollten, statt Projekte mit kurzfristiger Zielsetzung zu fördern, Projekten der nachhaltigen Armutsbekämpfung Priorität geben. Dazu gehören insbesondere die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung, „Capacity Building“, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verlagerung der Förderschwerpunkte von den Städten in die ländlichen Gebiete.

Die demokratischen Grundrechte, insbesondere Frauenrechte und Pressefreiheit, in Staat und Gesellschaft müssen endlich durchgesetzt, die demokratische Teilhabe muss verbessert und das zivilgesellschaftliche Engagement zur Veränderung von politischen Strukturen muss stärker unterstützt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Prof. Dr. Volker Perthes

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Der Letzte in der Reihe zu sein, erlaubt es, auf vieles zu verzichten, was schon gesagt worden ist, aber auch noch das eine oder andere zu kommentieren. Ich möchte deshalb ein paar Worte zur aktuellen Afghanistan-Debatte, zu unseren strategischen Zielen und Prioritäten sowie zur regionalen Dimension sagen.

Wir haben heute gelernt, dass die Bilanz des Einsatzes gemischt und nicht einfach nur gut oder schlecht ist. Angesichts von 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg ist die Aufbauleistung beachtlich. Wir haben aber auch gesehen, dass der Aufstand in Afghanistan seit 2003 jedes Jahr an Kraft und Fahrt gewonnen hat. Das lässt sich nicht weg leugnen. Wir sind über politische Enttäuschungen, die auch im Zusammenhang mit dem Wahldesaster des letzten Jahres entstanden sind, und der Misserfolge, die die ISAF hat einstecken müssen, tatsächlich das erste Mal auf dem Boden einer sehr realistischen Debatte über Afghanistan und über unsere Afghanistanstrategie angekommen. Diese wurde auch in den USA durch die Diskussion über den Beginn eines Abzugs im Jahre 2011 mit angestoßen. All das erlaubt uns, sehr realistisch mit den Verbündeten und den Afghanen vor allem über das zu reden, was als „Übergang zu verantwortlicher Souveränität“ bezeichnet wird, einem, wie ich finde, ganz gutem Begriff.

Dabei hilft es, dass wir diese Diskussion über den Übergang, die Transition zu verantwortlicher Souveränität – Verantwortung bezieht sich dann immer auch auf uns selbst und auf die regionalen Partner – jetzt führen können, weil sich etwas in der afghanischen Gesellschaft getan hat. Ich bin allerdings – das muss ich hier sagen, weil ich als solcher schon bezeichnet worden bin – kein Experte für Afghanistan, aber bei der SWP haben wir sehr gute Afghanistanexperten, auf die ich mich dann gerne verlasse.

Es ist sicher so, dass die Afghanen heute, wenn man versuchen will, Bilanz zu ziehen, ein größeres Selbstbewusstsein zeigen. Das zeigt sich in der Rhetorik des afghanischen Präsidenten, der gesagt hat, dass Afghanistan bis 2014 selber in der Lage sei könnte, mit eigenen Truppen und Mitteln die Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten. Wir sollten ihn vielleicht erst mal beim Wort nehmen und gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten.

Wir sehen größeres Selbstbewusstsein auch in der breiteren Bevölkerung. Das zeigen uns Umfragen, die sagen, die Taliban werden weiterhin von einer sehr breiten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Gleichzeitig ist man zunehmend kritischer gegenüber den internationalen Truppen und den Staaten, die sie stellen. Sicherheit wird als das Hauptproblem gesehen.

Man ist willens, die Regierung Karsai als legitim zu akzeptieren, obwohl man sich der Wahlfälschungen bewusst ist. Es gibt die Bereitschaft, mit dieser Regierung zu arbeiten – einfach, weil es eine Regierung gibt, und dies besser ist, als keine Regierung zu haben. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint zudem auch bereit zu sein, trotz der starken Ablehnung der Taliban, die in der Bevölkerung bei über 90 Prozent liegt, mit Aufständischen in gewissem Rahmen und mit bestimmten Zielen zu verhandeln.

All dies erlaubt uns, darüber zu sprechen, wie wir in diesem Zeitraum bis 2013, 2014 den Übergang zu verantwortlicher Souveränität in Afghanistan herstellen können. Das ist für uns wichtig, weil es uns natürlich auch zwingt, eine realistische Zielbeschreibung zu betreiben.

Tatsächlich haben wir ein doppeltes strategisches Ziel oder ein strategisches Ziel, das aus zwei Elementen besteht: nämlich erstens – wie es auch im UN-Mandat heißt, das uns überhaupt erlaubt hat, in Afghanistan zu intervenieren –, dass Afghanistan nicht wieder der Rückzugsort für international vernetzte Terroristen oder Terroristengruppen wird, und zweitens – und das finde ich unter dem Aspekt der Verantwortung ganz wichtig, dass – wenn wir abziehen – Afghanistan nicht zurück in einen Bürgerkrieg fällt. Das liegt vor allem in unserer Verantwortung. Daraus müssen wir Prioritäten für unsere Aufbauleistungen, die zivile und militärische Hilfe, ableiten.

Meine Prioritätenliste heißt: Erstens Schaffung von Sicherheit mit allem, was dies für Training und Unterstützung impliziert, zweitens Governance, wobei ich eher von effektiver Regierungsführung als von demokratischer Regierungsführung rede, drittens Entwicklung – nicht weil Entwicklung unwichtiger wäre, sondern weil Entwicklung ohne Sicherheit und Governance nicht stattfinden wird. Entwicklungshilfe hat dann keinen großen Effekt, wenn wir keine Sicherheit und keine Governance haben. Und natürlich müssen diese Schritte auch in einen regionalen Rahmen eingebettet werden.

Ein Wort zu den Ressourcen, weil das natürlich auch ein Streit ist, der in der SPD und im Bundestag geführt wird. Die schlichte Frage – insbesondere in der medialen Diskussion – „Mehr Soldaten oder mehr Entwicklungshilfe?“ oder auch die noch schlichtere Frage „Mehr Soldaten oder/ gegen/ versus mehr Entwicklungshilfe?“ ist in jedem Fall die falsche. Bei der Frage nach der Zahl der Soldaten wie auch nach der Höhe der Entwicklungshilfe möchte ich immer erst fragen: Wofür? Wofür genau?

Wenn ich dann erklärt bekomme, dass wir zwei, drei Kompanien Feldjäger mehr für die Ausbildung brauchen, zusätzlich zu den 4.500 Soldaten, die wir schon vor Ort haben, würde ich sagen: Eindeutig ja. Wenn ich höre, wir benötigen mehr Instrukteure der Bundeswehr, um der afghanischen Polizei und Armee andere Fähigkeiten beizubringen, würde ich sagen: Eindeutig ja. Wenn wir, weil die „Quick Reaction Force“ im Norden, die unter deutscher Führung ganz anerkannt operiert, mehr Elemente braucht, würde ich auch sagen: Ein Ja. Das lässt sich alles sinnvoll begründen.

Das Gleiche gilt für die Entwicklungshilfe. Wenn erklärt wird, wie Entwicklungshilfe absorbiert werden kann, etwa für welche Maßnahmen des Trainings oder der Dezentralisierung, sollten wir dies auch möglich machen. Die pauschale Forderung „Erhöht doch mal die Entwicklungshilfe ums Doppelte“ hilft hier nicht wirklich. Wir müssen genau sagen, wofür das Geld aufgewendet werden soll. Dann kommen wir auch mit unseren afghanischen Partnern und Alliierten zu einer zielgerichteten Politik.

Bei den Partnern, die wir brauchen, spielt die regionale Dimension eine wichtige Rolle. Wir wissen alle, dass Pakistan ein Problem ist. Wir reden gern über Iran. Es gibt noch ein paar andere Partnerstaaten, über die man sprechen müsste. Pakistan ist der schwierigste Fall, insbesondere, weil es ein schwacher Staat ist, kein „failing state“, kein gescheiterter Staat, aber ein schwacher Staat. Das Militär hat trotz der Demokratisierung des Systems, gerade der Außen- und Sicherheitspolitik das entscheidende Wort. Im Militär wird zudem die Situation in Afghanistan immer noch unter dem Prisma des pakistanisch-indischen Konflikts betrachtet und zwischen den bösen Taliban im eigenen Land, die man auch bekämpft, und den eigentlich doch ganz guten Taliban in Afghanistan unterschieden. Wenn wir dieses Prisma des indisch-pakistanischen Konflikts nicht aus der pakistanischen Denke oder aus der pakistanischen Politik entfernen können, bleibt auch vieles von der Diskussion über Versöhnung mit Aufständischen eine Chimäre. Wenn die Aufständischen von Pakistan aus unterstützt werden, weil man das dort in einem anderen Prisma sieht, können wir viel über Versöhnung diskutieren, werden aber nicht weit kommen.

Wegen der pakistanischen Sichtweise des Konflikts kann Indien sehr viel weniger leisten, als es leisten

könnte oder selber leisten wollte, gerade auch in der Polizeiausbildung und anderen Ausbildungsbereichen. Auch hier ist die pakistanisch-indische Dimension, wo wir bilateral durchaus etwas zur Konfliktlösung beitragen können, eine ganz wichtige.

Iran könnte ein Partner sein, weil man wie wir eine Rückkehr der Taliban-Diktatur fürchtet und dieses auf keinen Fall will. Zudem leidet Iran unter dem Drogenproblem, das in Afghanistan seinen Ursprung hat. Wir wissen aber auch, dass wir mit Iran ein paar andere Konflikte zu bestehen haben. Daher müssen wir gerade in Deutschland – weil wir in der Diskussion über den Irankonflikt eine tragende Rolle haben – gut überlegen, wie wir es schaffen, die Auseinandersetzung mit Iran über das Atomprogramm so zu führen, dass wir dabei nicht die Kooperation Irans in Afghanistan verlieren. Wir wissen zudem, dass die iranische Regierung zwar an einer Stabilisierung Afghanistans interessiert ist, aber den Amerikanern und uns nicht helfen wird, solange sie befürchtet, dass der Konflikt zwischen dem Westen und Iran irgendwann eskalieren könnte.

China ist ein Staat, der direkter Nachbar Afghanistans und Pakistans ist, fröhlich investiert, aber seine Investitionen genauso fröhlich von der Nato schützen lässt. Das sollte man vielleicht einmal mit den Chinesen diskutieren, ob Verantwortung nicht etwas mehr bedeutet. Ich finde die chinesischen Investitionen übrigens richtig. Ich würde mir mehr westliche Investitionen erhoffen, glaube aber, dass hier dann ganz offen auch mehr Verantwortung von China verlangt werden sollte.

Russland – wir haben das kürzlich aus der Feder des russischen Nato-Botschafters in einer internationalen Zeitung lesen dürfen – verlangt von der Nato mehr Durchhaltevermögen – das ist aus russischer Perspektive ein starkes Wort – hält sich aber selbst zurück. Russland ist allerdings zunehmend logistischer Partner für die Nato geworden.

Manchmal wird übersehen, dass wir noch eine Reihe zentralasiatischer Nachbarn haben, die – wenn wir Afghanistan nicht zusammen mit den Afghanen in den Griff bekommen – vielleicht neben Afghanistan oder noch vor Afghanistan zu scheiternden Staaten, zu Narcostaaten werden könnten. Dies steht in enger Verbindung zum Drogenproblem, das wir in Afghanistan nicht unter Kontrolle bekommen und sich direkt auf Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgisistan ausweitet.

Wenn wir bei der regionalen Dimension weiterkommen wollen, müssen wir tatsächlich formell und informell die regionale Komponente stärken. Das, was wir zum Beispiel in Bezug auf die postjugoslawischen Konflikte gemacht haben – Bosnien-Herzegowina insbesondere –, eine internationale Kontaktgruppe, wäre hier der richtige Ansatz, um Verantwortung tatsächlich auch auf mehr Schultern zu laden. Bei einer solchen internationalen Kontaktgruppe wären natürlich die P5, die permanenten fünf Sicherheitsratsmitglieder, damit auch die näheren und weiteren Nachbarn Russland und China, zu involvieren. Die EU gehört mit dazu, aber auf gleicher Augenhöhe und mit gleicher Verantwortung auch Pakistan, Iran, Indien, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Eine solche internationale Kontaktgruppe müsste damit beginnen, mit Afghanistan eine Garantie der Neutralität des Landes zu vereinbaren. Dies bedeutete, dass eine Degeopolitisierung des Konfliktes stattfinden könnte und Indien und Pakistan sich in einer solchen Kontaktgruppe versichern, Afghanistan nicht als Austragungsort ihrer geopolitischen und Hegemoniekonflikte in Südasien zu betrachten. Im Rahmen einer solchen Kontaktgruppe könnte sehr viel effektiver Hilfe organisiert werden. Manche Logistikprobleme wären einfacher zu beheben, wenn wir nicht nur den Weg durch Pakistan hätten, sondern etwa auch Truppen und zivile Hilfe über Mashad im Iran und dann durch Herat nach Afghanistan bekommen könnten.

Lassen Sie mich mit einer kritischen Bemerkung zu den Partnern schließen, von denen ich gesagt habe,

dass wir sie integrieren müssen. All diese regionalen Partner sind – in der Politikwissenschaft hört sich das nicht ganz so beleidigend an, wie im privaten Umgang – opportunistische Partner, opportunistische Staaten. Das heißt, sie schauen danach, was für sie drin ist. Solange sie das Gefühl haben, dass die Nato das gut oder schlecht für sie erledigt, werden sie wohl kaum Verantwortung übernehmen.

Wenn wir heute zusammen mit den Afghanen über eine Abzugsperspektive bis 2013, 2014 sprechen und dieses planen, natürlich konditioniert nach messbaren Kriterien, wenn wir Daten setzen, ist das gut, weil dies auch den regionalen Nachbarn Afghanistans zeigt, dass wir es ernst meinen und sie dann Verantwortung mit übernehmen müssen.

Frank-Walter Steinmeier

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Versuch würde scheitern, hier zusammenzufassen, was an Wortmeldungen und an Anmerkungen gefallen ist. Deshalb fange ich schlicht und einfach mit dem letzten Wort von Präses Schneider an, der Erasmus von Rotterdam zitiert hat. Und ich will denjenigen zitieren, unter dessen schützender oder wegweisender Hand wir heute den ganzen Tag miteinander diskutiert haben: „*Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.*“

Es ist und bleibt vornehmste Aufgabe der Außenpolitik, den Frieden zu bewahren oder dort wieder herzustellen, wo er in Gefahr geraten ist. Das ist die große Aufgabe von Politik überhaupt. Das ist die große Verantwortung der Sozialdemokratie, eine Tradition, auf die sie stolz sein kann, und eine Verantwortung, für die viele unserer Vorgänger innerhalb der SPD gestritten, gekämpft, aber auch gelitten haben und eingekerkert worden sind.

Wenn ich sage, das ist eine große und stolze Tradition, dann sage ich das nicht als Archivar der SPD, sondern weil Willy Brandt der Auffassung war, dass der stolze Blick zurück natürlich auch kein naiver und selbstgerechter Blick sein darf, sondern dass sich die Bedingungen für Frieden und seine Wiederherstellung im Verlaufe der Geschichte wandeln. Verloren gegangenen Frieden und verloren gegangene Stabilität wieder herzustellen, das ist heute etwas anderes als vor 25 und 30 Jahren, lieber Egon Bahr. Gerechter Friede, lieber Nikolaus, ist heute schwieriger und anders herzustellen, als das vor 20 und 30 Jahren der Fall war.

Warum ist das eigentlich so? Weil sich nach meiner Überzeugung, entgegen manchem Eindruck in der Öffentlichkeit, in den letzten 20 Jahren eine gewaltige Umwälzung in den internationalen Beziehungen ergeben hat, die wir noch nicht so richtig in unser Alltagsdenken über Krieg und Frieden und internationale Konflikte aufgenommen haben. Da sind ganz neue Herausforderungen gewachsen, und Afghanistan zählt natürlich dazu, ohne dass die alten Konflikte, die wir zu Zeiten des Kalten Krieges hatten, schon völlig weggefallen sind. Richtig ist: Die zynischen Gewissheiten des Kalten Krieges, dass man immer genau wusste, wer wo steht, diese zynischen Gewissheiten sind seit 1990 alle weg. Aber hin und wieder erwischen uns die langen Schatten dieser Blockkonfrontation noch. Das ist so bei dem Streit um die Missile Defense. Das ist so beim Streit um Nato-Erweiterungen. Und das war so etwa bei einem schon fast nicht mehr für möglich gehaltenen veritablen Krieg an den Außengrenzen der Europäischen Union im nördlichen Kaukasus.

Da ist etwas passiert 1990, was wir in unserem Denken, im Alltagsdenken, noch nicht richtig verarbeitet haben. Die alte Ordnung ist weggefallen, ohne dass eine neue Ordnung an die Stelle der alten getreten wäre. Die Art der Konflikte hat sich verändert. Sie haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten eher an die Peripherie verlagert. Nicht mehr Europa, nicht Russland und Europa sind das Hauptkonfliktfeld, nicht Amerika und Russland, sondern die Konflikte verlagern sich an die Peripherie, in Regionen, die gar nicht so in unserer Wahrnehmung waren. Es sind oft keine Auseinandersetzungen zwischen Staaten, sondern zwischen einer staatlichen Gewalt und Minderheiten, dann noch meistens ethnische Minderheiten, die gar nicht in einem Staat leben, sondern grenzüberschreitend leben. Sie sind häufig begleitet durch massive Menschenrechtsverletzungen, die uns in der langen Diskussion der letzten 20 Jahre dazu gebracht haben, dass wir miteinander sagen: „Nur zuschauen dürfen wir nicht!“ Das „Recht zu schützen“ ist ein Recht, das wir lange und kontrovers innerhalb der Vereinten Nationen diskutieren. Deshalb ist es vielleicht kein Zufall, dass in den letzten 20 Jahren auch hier in Deutschland nicht der Krieg zwischen Staaten im Vordergrund unserer

außenpolitischen Diskussionen stand, sondern eher Auslandseinsätze, dass wir uns ganz am Anfang der Regierungszeit der SPD – nach 1998 – zunächst mit dem Balkankrieg und der Frage beschäftigt haben, ob wir uns daran beteiligen, und dann – nach 2001 – der Frage eines Einsatzes in Afghanistan.

Das war nicht einfach. Ich erinnere mich gut, da ich 98/99 schon dabei war. Das war für all diejenigen, die das zu entscheiden hatten im Kabinett und im Deutschen Bundestag, die erste Entscheidung seit 1949, in der Politikerinnen und Politiker die Verantwortung auf sich nehmen mussten, junge Deutsche in einen Auslandseinsatz zu schicken, von dem wir gehat haben, dass er risikoreich ist, dass er gefährlich ist. Deshalb war es für mich immer eine Selbstverständlichkeit, dass sich Politik rechtfertigen muss – rechtfertigen gegenüber dem Parlament, das über die Auslandseinsätze entscheidet. Nicht ein Verteidigungsminister, nicht ein Außenminister, nicht ein Kanzler oder eine Kanzlerin, sondern das Parlament entscheidet bei uns nach unserer Verfassung. Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass wir Auslandseinsätze, immer wieder im Parlament und in der Öffentlichkeit rechtfertigen.

Ich finde, es ist ein gutes Signal für den Zustand unserer Demokratie, dass das auch eingefordert wird. Vielleicht hätte man solche Diskussionen auch noch öffentlicher machen müssen. Was Town-Hall-Meetings angeht, erinnere ich mich allerdings noch an den Parteitag der SPD in Hamburg, wo mir als Außenminister von Journalisten ein schnelles Ende vorausgesagt worden ist, weil dort Afghanistan – damals schon so umstritten wie heute – ein Hauptthema war. Ich kann mich erinnern, wie stark, wie heftig, wie gut argumentierend wir dort auftreten und kämpfen mussten, um auch die Mehrheit auf einem solchen Parteitag zu gewinnen.

Manchmal herrscht in der deutschen Öffentlichkeit etwas zu viel Amnesie, so als seien Einsätze und Mandatsverlängerungen jemals ohne Streit und ohne Auseinandersetzung über die politische Bühne gegangen. Das war nicht so. Das ist nicht so. Und es konnte nicht so sein nach einem Vorfall wie dem am Kunduzfluss in Afghanistan, über den wir in Deutschland Anfang September lange und intensiv geredet haben.

Insofern war ich vorbereitet, dass wir heute eine lange, kontroverse, insbesondere aber intensive Debatte miteinander führen. Und ich kann nur mit allem Respekt und in Dankbarkeit sagen, dass ich froh bin über den Stil, mit dem wir hier über eines der schwierigsten Themen der deutschen Politik, mindestens der deutschen Außenpolitik, miteinander debattiert haben. Ich will mich auch im Namen von Sigmar Gabriel bedanken, nicht nur bei den Beteiligten hier oben auf dem Podium, sondern auch bei den vielen Fragestellern, die durch ihre Fragen oder Beiträge die Diskussion ein Stück weitergedreht haben. Herzlichen Dank Ihnen allen dafür! Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns auch in der SPD weiterhelfen in der Diskussion.

Ich sage das nicht ohne Not, sondern ich wünschte nach dem heutigen Tag, dass wir auch außerhalb dieses Saales mit so viel Verantwortung und mit so viel Klugheit die Diskussion fortführen, wie sie hier im Saale stattgefunden hat, weil uns diese Diskussion nach mehr als vier Stunden doch eines gezeigt hat: Die einfachen Antworten gibt es nicht. Und jedem schwant auch, die einfachen Antworten würden eher die falschen sein.

Deshalb liegt der Einsatz, die Bewertung des Einsatzes und vermutlich auch die Frage, wie wir ihn beenden, dazwischen. Und wir müssen bereit sein, die Unschärfen miteinander zu diskutieren, uns nicht verführen zu lassen von denjenigen, die uns gelegentlich im Parlament und außerhalb vorgaukeln, es gäbe die einfachen Lösungen, zum Beispiel in Gestalt einer Forderung „Sofort raus aus Afghanistan“.

Wir sollten uns auch hüten vor denjenigen, die uns immer mal wieder vorwerfen, ihr seid damals als Bundesregierung in einen solchen Einsatz hineingestolpert, ohne die Folgen wirklich zu übersehen. Ich erin-

neren mich an die Zeit noch sehr gut, ohne dass ich da jetzt zu ausführlich werden will. Aber die Zeit im September 2001 und danach war schon eine Zeit, die diese Republik noch einmal neu geprägt hat. Es gab nicht nur den Schrecken über 3.000 Tote nach dem Anschlag in New York, der war groß genug, sondern es gab eine Angst. Keine Panik und Hysterie, aber eine Angst, dass das, was sich anderswo in der westlichen Welt ereignet hat, auch bei uns passieren könnte.

Ich kann mich gut erinnern, und der Innensenator aus Berlin sicherlich auch, dass das von einer heftigen Diskussion über Anschläge begleitet war. Auch hier in Deutschland waren wir über Wochen und Monate fast überfordert von Hinweisen und Paketen, so genannten Anthrax-Päckchen, mit denen angeblich eine größere Zahl von Menschen hier in Deutschland getötet werden sollte, um jeweils möglichst schnell aufzuklären, dass von solchen Hinweisen und von solchen Päckchen keine Gefahr ausgeht. Es gab eine wirkliche Angst in der Bevölkerung, die sich verbreitet hatte.

Ich war jedenfalls froh, dass es uns gelungen ist, in diesen Monaten und den Jahren danach die Zivilität der Gesellschaft in Deutschland zu erhalten, die Frage eines Auslandseinsatzes so zu diskutieren, dass wir den Satz von Peter Struck, „Wir verteidigen Deutschlands Sicherheit am Hindukusch“, ernst nehmen, aber ihn auch so wenden, dass daraus keine Sicherheitshysterie in Deutschland wird und keine Argumente verfangen, die aus diesem demokratischen offenen Gemeinwesen einen Sicherheitsstaat machen. Andere waren da auf einem anderen Trip.

Ich glaube, wir haben diese Entscheidung damals nicht leichten Herzens getroffen, sondern in Verantwortung für das Leben und die Gesundheit der deutschen Soldatinnen und Soldaten und der Entwicklungshelferinnen und -helfer. Aber die Aufgabe hat sich, da haben Tom Koenigs und andere Recht, noch schwieriger entwickelt, als wir das damals vorausgesehen haben.

Das mögen uns einige im Rückblick von heute vorwerfen, aber Auslandseinsätze wie dieser, mit dem Versuch, in Afghanistan dafür zu sorgen, dass dieses Land nicht länger Ausgangspunkt für islamistischen Terrorismus wird, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass dieses in 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg geschundene Volk wieder auf die Beine kommt, ist eben keine Rechenaufgabe, sondern das ist ein Einsatz, der unter Risiken für Leib und Leben stattfindet. Und es ist ein Einsatz, bei dem man nicht borniert von Anfang an sagen kann, das ist der Königsweg, den wir verfolgen und von dem wir nicht abweichen.

Deshalb hatten wir nach meiner Erinnerung – und ich glaube, das gilt auch für Volker Perthes, Tom Koenigs und Winfried Nachtweih, die in unterschiedlichen Rollen genauso wie Rainer Arnold, Rolf Mützenich und Johannes Pflug beteiligt waren –, deshalb haben wir nie den Weg verfolgt, dass wir die Dinge ignoriert hätten, die schief gelaufen sind. Ich würde nur umgekehrt sagen, es wäre auch falsch gewesen, das, was gelungen ist in Afghanistan, nicht zu erwähnen. Wenn man ein paar Mal da gewesen ist, dann ist mit den Händen zu greifen, dass sich in manchen Regionen, Gott sei Dank auch im Norden, wo wir Verantwortung getragen haben, die Dinge in die richtige Richtung bewegt haben.

Ich sage auch durchaus nochmal „Schule“, obwohl ich weiß, dass das, was wir an Fortschritten etwa bei der Errichtung von Schulen im Süden und Südosten des Landes erreicht hatten, auch wieder zurückgedreht worden ist. Ich sage „Lehrerinnen und Lehrer“, obwohl ich weiß, dass im Süden und Südosten des Landes Lehrerinnen wieder Opfer von Anschlägen geworden sind. Aber wer heute im Abstand von vier oder fünf Jahren Afghanistan überfliegt, der sieht eben auch, dass durch die Fortschritte bei Elektrizitätsversorgung und Wasserversorgung Flächen wieder grün geworden sind, die vor vier oder fünf Jahren wüstes Ödland waren, und dass wir in Teilen des Landes soweit sind, dass sich die Bevölkerung wieder vom eigenen Weizenanbau ernähren kann.

Immer dann, wenn wir das aufgeschrieben und öffentlich gesagt haben, wusste jeder von uns, dass wir hinter unseren eigenen Zielen weit zurückhängen. Trotzdem, glaube ich, wäre es falsch gewesen, das zu verschweigen, was tatsächlich gelungen ist. Nur: Mein Versuch war es jedenfalls nicht, damit Schönrederei zu betreiben. Es gibt eine Sicherheitslage, die absolut unbefriedigend ist. Das gilt für den Süden und Südosten des Landes insgesamt und das gilt für einzelne Regionen im Norden, im Raum Kundus, in jüngster Zeit.

Wie gehen wir mit unserer Verantwortung um? Ich will das Podium, das Sie heute Morgen gehört haben, nicht in unzulässiger Weise harmonisieren. Dazu sind die Ansatzpunkte zu unterschiedlich. Ich will nur für mich sagen, wo ich uns mit unserem Papier, das ich gemeinsam mit Sigmar Gabriel verfasst habe, auf dem richtigen Weg sehe, und wo wir möglicherweise in den nächsten Tagen noch Diskussionsbedarf miteinander haben.

Ich habe jedenfalls gehört, dass sich alle Beteiligten für entschieden mehr zivilen Wiederaufbau ausgesprochen haben. Ich habe gehört, dass die allermeisten, ich glaube alle, sich entschieden für mehr Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte ausgesprochen haben. Ich habe zumindest durchgehört bei allen, dass eine weitere Militarisierung des Konfliktes der falsche Weg wäre. Und nicht alle waren sich einig über die Frage, ob wir heute eigentlich schon an einer klaren Perspektive arbeiten müssten für die Reduzierung des deutschen Militärs und die Vorbereitung der Beendigung des Einsatzes.

Ich will mal so sagen: Gelegentlich heißt es ja in Interviews: Ihr seid dort damals kopflos hineingestolpert und jetzt sucht ihr nach Wegen kopflos wieder hinaus. Das ist, und das sage ich Ihnen jetzt nicht nur als Sozialdemokrat, sondern als Zeitgenosse, der bei den Entscheidungen dabei gewesen ist, ein haltloser Vorwurf. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, was die Motivationen waren, sich zu beteiligen, und warum wir uns entschlossen haben, junge Frauen und Männer nach Afghanistan zu schicken.

Nur, wir sind jetzt in einer neuen Verantwortung. Wir sind acht Jahre da. Und es gibt Menschen in Afghanistan, aber auch Bündnispartner und zivile Hilfsorganisationen, die auf unsere Präsenz vertrauen. Deshalb habe ich letztes Jahr im September der Öffentlichkeit und der Partei einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, in dem ich erstens gesagt habe: Wir haben uns miteinander zusammen entschieden, uns dort zu engagieren. Aber wir haben uns nicht entschieden für eine dauerhafte Besetzung des Landes und damit für eine dauerhafte Militärpräsenz in Afghanistan. Unsere Aufgabe war, dafür zu sorgen, dass das Land nicht länger Ausgangspunkt für Terrorismus sein wird, und dafür zu sorgen, dass wir mit dem Wiederaufbau soweit vorankommen, dass das Land aus sich selbst heraus einigermaßen lebensfähig ist.

Das Zweite war etwas, was nicht selbstverständlich war:

Auch die Angehörigen der Bundeswehr wissen aus den Diskussionen innerhalb der Nato noch sehr genau, dass wir für unseren zivil-militärischen Ansatz nicht vom ersten Tag an Unterstützung hatten. Insofern ist die Debatte, die wir manchmal führen, vielleicht nicht skurril, aber doch ein bisschen unhistorisch, jedenfalls wenn wir uns selbst anklagen, so als hätten wir die Notwendigkeit zivilen Wiederaufbaus nicht von Anfang an gesehen. Im Gegenteil, wir haben dafür gefochten! Ich glaube, wir können auf Erfolge im Norden des Landes verweisen, und am Ende auch darauf, dass diejenigen, die am Anfang einen deutlichen Schwerpunkt aufs Militärische gelegt haben, schließlich unserem zivil-militärischen Ansatz gefolgt sind.

Drittens sage ich auch: Wenn wir jetzt über eine Perspektive für die Reduzierung und die Beendigung unseres Einsatzes nachzudenken, heißt das auch, die Verantwortung gegenüber denjenigen wahrzunehmen, mit denen wir dort sind. Ich habe in öffentlichen Diskussionen häufiger mal gesagt: Wer jetzt sagt, wir müssen da sofort raus, muss zur Kenntnis nehmen, dass im selben Moment die Aufgabe, die wir aufgeben, von Dänen, Schweden, Holländern oder Norwegern übernommen werden muss. So einfach geht's also nicht!

Aber es ist zulässig und erforderlich, dass wir die Weichenstellungen jetzt vornehmen. Es gibt Entwicklungen der letzten Monate, die ich bei der Formulierung des 10-Punkte-Papiers im letzten September noch nicht vorausgesehen habe. Ich habe im letzten September gesagt und aufgeschrieben: Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür treffen, dass die beruhigten Regionen im Norden des Landes tatsächlich auch in die Verantwortung des afghanischen Staates übergeben werden können. Wir fordern von der Bundesregierung, dass ein kalkulierbarer Plan für die Übergabe solcher Regionen oder – nach afghanischem Sprachgebrauch – Distrikte in die afghanische Zuständigkeit auch tatsächlich stattfinden kann.

Was wir zweitens brauchen, sind endlich mal verlässlich belastbare Ziele für den Ausbau der afghanischen Armee und der afghanischen Polizei. Ich glaube, ich muss den Zusammenhang gar nicht erläutern. Eine Perspektive für die Beendigung unseres Engagements werden wir nur haben, wenn wir gleichzeitig die Afghanen in die Lage versetzen, mit ihren eigenen Kräften für die Sicherheit im Lande zu sorgen. Das heißt: Wir müssen noch schneller und noch effizienter afghanische Armee und afghanische Polizei ausbilden. Aber wir müssen das Ziel der Ausbildung kennen! Wir müssen wissen, wie groß die afghanische Armee sein soll und wieviele Polizisten die afghanische Polizei haben soll und wie sie sich verteilen sollen zwischen Verkehrspolizei, Kriminalpolizei und Gendarmerie oder Carabinieri, die in Afghanistan ja auch ausgebildet werden.

Das wird nur gelingen, wenn wir erstens sicherstellen, dass die notwendigen Polizeiausbilder nicht nur von den Europäern insgesamt, sondern auch von uns zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen fordern, dass die Bundesländer, die sich in der Vergangenheit nicht oder nicht in ausreichendem Maße an der Polizeiausbildung beteiligt haben, solche Polizeiausbilder zur Verfügung stellen. Und wir müssen in der Tat dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die bei Polizei und Armee ausgebildet werden, am Ende auch bezahlt werden.

Auch da gibt es den einen oder anderen falschen Eindruck zu korrigieren. Wir hatten über viele Jahre hinweg den Trend, dass gerade junge Polizisten von den Taliban höher als vom afghanischen Staat bezahlt wurden. Da hat es eine internationale Anstrengung gegeben, die Schaffung eines „Trust Funds“, der dafür gesorgt hat, dass die Verluste bei der afghanischen Polizei durch Abwerbungen deutlich zurückgegangen sind. Wir haben – damals noch unter meiner Führung im Außenministerium – auch entschieden, dass wir uns auch an dem Trust Fund beteiligen, den der amerikanische Botschafter vorhin genannt hat, zur Finanzierung des Soldes von Soldaten der afghanischen Armee. Im Grunde genommen ist auch da mehr auf den Weg geraten, als wir uns selbst manchmal zugestehen wollen.

Jetzt ist die entscheidende Frage: Beschreiben wir nur die Notwendigkeit der Reduzierung und schließlichen Beendigung des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan? Oder sind wir jetzt in einem Zustand, in dem wir die Zielgrößen auch etwas genauer definieren können?

Und da haben diejenigen Recht, die sagen, wenn man jetzt aus dem Blauen heraus irgendeinen Termin nennen würde, der nur der innenpolitischen Debatte in Deutschland geschuldet ist, der vor Wahlen liegt, dann wäre das unverantwortlich. Aber wenn wir uns einig sind, dass das militärische Engagement Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft auf eine Beendigungsperspektive ausgerichtet sein soll, dann müssen wir uns fragen, welche Anhaltspunkte wir dafür haben.

Erstens haben wir die Ansage des amerikanischen Präsidenten, dass er ab 2011 die militärischen Kontingente der USA in Afghanistan reduzieren will. – Das ist ein Datum, das wir nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen können, sondern das Einfluss auf die Debatten in anderen Ländern haben wird – auch auf die Debatte in Deutschland. Das heißt: Wenn die Amerikaner ab 2011 reduzieren, ist nicht vorstellbar, dass wir nicht den gleichen Weg gehen.

Wann kann diese Reduzierung so weit vorangebracht werden, dass wir auch über eine Beendigung des Einsatzes nachdenken können? Da erinnere ich noch einmal an die Worte, die der afghanische Außenminister hier heute Morgen von diesem Platz gesagt hat. Er hat gesagt, jawohl, es ist realistisch, dass wir uns gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft in den nächsten Jahren auf mehr Ausbildung von afghanischer Armee und Polizei verständigen, dass diese Ausbildung auch stattfindet, dass das Teil einer erhöhten Wiederaufbauhilfe ist, die aber auch in anderen Bereichen – etwa der Landwirtschaft – kommen muss, und dass wir auf den notwendigen Kräfte- und Ausbildungsbedarf von Armee und Polizei in den nächsten Jahren kommen.

Die Zahlen, die wir für diesen Korridor genannt haben, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern es sind Zahlen, an denen sich die Afghanen selbst orientieren. In drei Jahren, so war die Aussage Karsais bei seiner Amtseinführungsrede, wollen die Afghanen auch in den immer noch umkämpften Bereichen die militärischen Operationen führen. Und in fünf Jahren, das war die Aussage zu 2014/ 2015, wollen die Afghanen in der Lage sein, für Sicherheit im eigenen Lande gänzlich Verantwortung zu übernehmen.

Jetzt steht eine London-Konferenz vor uns. Und die Frage ist doch, meine Damen und Herren: Lassen wir diese Konferenz einfach so verlaufen, wie frühere Konferenzen auch verlaufen sind? Oder müssen wir nicht eine solche Konferenz, wenn endlich die Bereitschaft der afghanischen Seite besteht, auch nutzen, um klare Buchungen zu machen?

Nach unserer Auffassung geht das. Die Art und Weise, wie die Bundesregierung diese Konferenz vorbereitet, lässt das infrage stehen. Meine Erfahrung aus meiner Zeit als Außenminister ist: Wer ohne eine Position, ohne eine Linie auf solche Konferenzen geht, wird naturgemäß nicht zu den Gestaltern des Ergebnisses gehören, sondern zu den Getriebenen. Deshalb ist das die falsche Taktik, die falsche Strategie, die diese Bundesregierung bei der Vorbereitung der Konferenz hat.

Ich sage Ihnen: Es wäre bei dieser Konferenz möglich, zu klaren Buchungen zu kommen. Nicht, weil wir hier im Willy-Brandt-Haus heute diese Diskussion führen, sondern weil ich doch weiß, dass solche Diskussionen auch in Paris, auch in Rom, gerade auch in Madrid und anderswo geführt werden, und dass wir doch nicht so tun dürfen, als seien wir mit dieser deutschen Diskussion im luftleeren Raum. Viele sind doch dankbar, dass sich Sozialdemokraten in Deutschland ein paar wegweisende Gedanken machen, um zu einer – wie ich finde – klugen, verantwortungsvollen Position zu kommen, die eben heißt: Nicht sofort raus aus Afghanistan, weil das nicht zu verantworten wäre, aber jetzt die Weichen dafür zu stellen, dass das militärische Engagement in überschaubaren Zeiträumen, in dem Korridor zwischen 2013 und 2015, tatsächlich beendet werden kann. Ich bin mir sicher, dass das eine Position ist, von der wir hören werden, dass sie auch in anderen europäischen Hauptstädten als realistische Position wahrgenommen wird.

Und sie ist sogar, das sollten die Kritiker bedenken, eine vorausschauende Position. Wenn wir uns nicht in diese Richtung entwickeln, dann befürchte ich, dass wir irgendwann in eine nicht mehr kontrollierbare Konkurrenz von Nato-Mitgliedsstaaten um einen möglichst frühen Abzugszeitpunkt kommen. Das wäre aus meiner Sicht dann allerdings eine unverantwortliche Diskussion. Insofern sage ich: Die Orientierung auf einen Korridor, die Selbstverpflichtung, die wir übernehmen müssen bis zu dem Erreichen des Korridors, das uns Mögliche zu tun, um in Afghanistan verstärkt zu Wiederaufbau beizutragen und das Notwendige für Ausbildung von Armee und Polizei zu tun, noch stärker auf die innerafghanische Versöhnung hinzuarbeiten, den regionalen Ansatz, den Volker Perthes vorhin genannt hat, der ja durch deutsche Hilfe zustande gekommen ist, weiter auszubauen, und dann in dem genannten Korridor zwischen 2013 und 2015 zu enden, ich glaube, das ist etwas, was die Afghanen schätzen werden und was ich auch für die innerdeutsche Diskussion als einen Weg betrachte, der uns öffentliche Zustimmung für ein schwieriges Engagement eintragen kann, ein Engagement, das auch Rückschläge für die nächsten Jahre nicht ausschließt.

Deshalb rate ich uns dringend dazu, nicht in die ganz einfache Sprache, nicht in das ganz einfache Denken zurückzufallen, sondern Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung nicht nur für eine Entscheidung über Mandatsverlängerung, sondern Verantwortung, die den Weg weist, wie eine Entscheidung, die wir vor acht Jahren getroffen haben, auch heute dem Sinn nach gerechtfertigt und der Öffentlichkeit erläutert werden kann. Eine Entscheidung, zu der wir stehen und aus der wir nicht leichtfertig aus innenpolitischen Gründen den Rückzug antreten.

Wie das gehen kann, haben wir mit diesem Positionspapier beschrieben. Wir werden in den nächsten Tagen bis zum Montag noch aufnehmen, was hier heute diskutiert worden ist. Aber, Sigmar, ich bin eigentlich ganz guter Hoffnung, dass wir nach der Diskussion heute und dem, was wir ergänzend von Helmut Schmidt zu unserem Papier hören werden, auf einem guten Weg sind. Insofern danke ich Ihnen allen fürs Hiersein, danke Ihnen für Ihre Hilfe, zu einer gemeinsamen Positionierung der SPD zu kommen. Ich glaube, dass es eine Position ist, mit der die SPD erneut in der politischen und außenpolitischen Auseinandersetzung gezeigt hat, dass sie in der Lage ist, in schwierigen Fragen Verantwortung zu tragen.